

Das Magazin des Deutschen Studentenwerks

DSW JOURNAL



Zukunft Europa

Pragmatismus contra Populismus

Studierende in Großbritannien und Griechenland wollen ein anderes Europa.
Und unsere Studierenden-Organisationen?

BABETTE SIMON Die Chefin
des Universitätsklinikums Mainz
im Porträt

HUBERTUS HEIL, SPD: Die
Wissenschaftsfinanzierung braucht
mehr Bundesförderung

GABRIELE HEINEN-KLJAJIĆ
Niedersachsens Wissenschaftsmini-
sterin will keine Studiengebühren



Würdesäule.

Bildung ermöglicht Menschen,
sich selbst zu helfen und aufrechter
durchs Leben zu gehen.

brot-fuer-die-welt.de/bildung

Mitglied der **actalliance**



Würde für den Menschen.

Jugend für Europa

17 Jahre Bologna und die Förderung über „Erasmus“ haben eine erhebliche Mobilität unter Studierenden in Europa ermöglicht. Müssten Studierende dann nicht für Europa eintreten, wo sie doch von der Freizügigkeit erheblich profitieren? Wir wollten wissen, was die derzeitige Krise der Europäischen Union für Europas Studierende bedeutet. Was hält die heutige Generation von Studierenden vom Brexit, von Absetzbewegungen anderer Mitgliedsstaaten, welche Haltung hat sie zu Europa? Haben sie eine neue Vision für Europa?

Diese Fragen haben wir uns gestellt, als wir die Titelgeschichte für dieses DSW-Journal konzipierten. Wir wollten die studentische Perspektive auf Europa, und wir haben für eine Vor-Ort-Recherche zwei exemplarische Krisenländer ausgewählt: Großbritannien, dessen offenbar apathische Jugend sich von den Alten zum „Bre-

»Europa als Enttäuschung, Europa als Chance oder Gleichgültigkeit – das ist die emotionale Haltung der europäischen Studierenden«

xit“ überstimmen ließ, und Griechenland, seit mehreren Jahren in einer wirtschaftlichen Dauerkrise. Unser Autor Jan-Martin Wiarda traf in diesen beiden Ländern Studierende, deren Stimmungslage irgendwo zwischen Aufbruch und Resignation verortet werden muss; Studierende, die schwanken zwischen Engagement, Veränderungswillen und Auswanderungsgedanken, in einer emotionalen Bandbreite zwischen Europa als Enttäuschung, als Chance - und Gleichgültigkeit.



Trotz dieser Extreme gibt es keinen Anlass zur Resignation: In dem Wort „Chance“ stecken Optimismus, Veränderungswillen und Verantwortungsbereitschaft. Die britischen Studierenden, die Wiarda in London getroffen hat, haben dies verdeutlicht. Und Verantwortungsbereitschaft ist auch bei den deutschen politischen Studierenden-Organisationen zu spüren: Jenovan Krishnan, Vorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) sieht angesichts der erlebten Selbstverständlichkeit der Freiheiten in der EU - offene Grenzen, eine gemeinsame Währung, mehr als 70 Jahre Frieden in Europa - nun die Notwendigkeit, für deren Erhalt zu kämpfen. Ulrich Grothus vom DAAD sieht das ähnlich und sagt im Interview, die „Generation Erasmus“ müsse nun aufstehen und für ein besseres Europa streiten.

Jugend für Europa: Vielleicht wecken die derzeitigen europäischen Absetzbewegungen die Studierenden auf, und sie treten stärker als bisher ein für Europa, für die europäischen Werte und Errungenschaften. Denn wenn sie eines haben, dann ist es doch die eigene, unmittelbare Erfahrung von Austausch-, Studien- oder Urlaubsaufenthalten auf dem Alten Kontinent, kurz: die Erfahrung von europäischer Freizügigkeit.

Angesichts der Herausforderungen und neuen Rolle, die nach der Wahl von Donald Trump zum neuen US-Präsidenten auf Europa zukommen wird, kann man nur hoffen, dass Europas akademische Jugend aufwacht und für Europa kämpft.

Achim Meyer auf der Heyde
Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks
»achim.meyeraufderheyde@studentenwerke.de

POLITIK



»Die ‚Generation Erasmus‘ müsste aufstehen«

Interview mit **Ulrich Grothus**, stellvertretender Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) / 19



STANDORT

Das Studentenwerk Chemnitz-Zwickau in Zahlen / 8-9

KURZE WEGE
Das Studentenwerk Chemnitz-Zwickau im Westen Sachsens ist bestens vernetzt mit den Hochschulen und der regionalen Wirtschaft.

studentenwerk CHEMNITZ · ZWICKAU
www.stwz.de

Interesse 9 Studierendendeckung

„Zwenn große Herausforderung besteht darin, den Spagat zwischen maximaler Dienstleistung und Wirtschaftlichkeit immer wieder neu zu meistern, können die schnellsten Wandel der Realökonomie einen Studierenden: Zudem steigt etwa in Chemnitz der Anteil internationaler Studierenden stark an. Vor fünf Jahren betrug er noch acht Prozent, heute kommt schon fast ein Viertel der Studierenden aus...

„Das Studentenwerk Chemnitz-Zwickau ist für mich als Studentenwerk der besten Wege. Durch die enge und gute Zusammenarbeit mit den beiden Hochschulen werden den Studierenden in der Wirtschaft des Chemnitz-Zwickauer optimale Bedingungen für ein erfolgreiches Studium geboten. Vor allem die engeren Kontakte zu den Hochschulen und den regionalen Wirtschaftskreisläufen, zum Beispiel für Eltern mit...

PRAXIS



Die Optimisten-WG

Integration im Sozialprojekt: Wie in Freiburg Studierende mit Flüchtlingen zusammenwohnen / **22-25**



Mensa auf Französisch

Was die zwei Dresdner Koch-Azubis Michelle Kretzschmar und Cora Hübner in Paris erleben / **26-29**

PROFIL



Babette Simon

Porträt der ersten Frau, die ein deutsches Universitätsklinikum leitet / **30-33**

PERSPEKTIVE



Hubertus Heil

Der SPD-Politiker zur Wissenschaftsfinanzierung: Nicht ohne den Bund! / **34-35**

13 FRAGEN AN ...

Gabriele Heinen-Kljajić, die grüne Wissenschaftsministerin von Niedersachsen / **36-37**



Ein Gedanke noch ...

Erst recht in Wahlkampfzeiten kann man das BAföG verbessern, meint DSW-Präsident Dieter Timmermann. Baustellen gibt es genug / **38**



AKTION

Schöne Bescherung!



STUDI-JOBS Weihnachtsmänner und Weihnachtsengel zuhauf: Das Studentenwerk Berlin vermittelt wieder Studierende, die Familien in Berlin an Heiligabend beschenken. Es ist die größte studentische Weihnachtsmannvermittlung Deutschlands; 217 Studierende besuchten vergangenes Jahr 2.500 Familien. Und: Man wird nicht einfach Weihnachtsengel oder -mann. Es gibt eine eigene Schulung, einschließlich pädagogisch-psychologischer Grundkenntnisse, Improvisationstechniken und Verhalten in Krisensituationen. Höhepunkt der Vorbereitung: die traditionelle Vollversammlung. *sg.*

» www.studentenwerk-berlin.de

INKLUSIVE HOCHSCHULEN

Beeinträchtigt studieren: Wie?



STUDIENDEN-BEFRA- GUNG sieben Prozent aller Studierenden haben eine Behinderung oder chronische Erkrankung. Welche Schwierigkeiten müssen sie im Studium bewältigen? Welche Unterstützungen brauchen sie? Wie funktionieren die Nachteilsausgleiche?

Das Deutsche Studentenwerk

(DSW) und das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) wollen es genau wissen. Ende November 2016 startet die zweite Auflage der Studierenden-Befragung „beeinträchtigt studieren“, kurz „best2“. Studierende mit chronischen Krankheiten, psychischen Erkrankungen, Sinnes- und Bewegungs-Beeinträchtigungen haben zehn Wochen Zeit, via Online-Fragebogen Auskunft über ihre Studiensituation zu geben. Dafür werden mehr als 700.000 Studierende mit und ohne Beeinträchtigungen per E-Mail auf die Befragung aufmerksam gemacht, denn Studierende mit Beeinträchtigungen sind in keiner Datenbank identifizierbar und können nicht zielgerichtet angeschrieben werden. Die Ergebnisse sollen im Frühjahr 2018 vorgestellt werden. Finanziert wird „best2“, wie schon die Vorgängerstudie, vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. *chf/sg.*

» www.best-umfrage.de



Der Medizinstudent Christoph Lüdemann von der Uni Witten/Herdecke war „Student des Jahres 2016“. Wer folgt ihm nach?

5.000 EURO PREISGELD

Student/in des Jahres?

ENGAGEMENT-PREIS Wer sich neben dem Studium ehrenamtlich engagiert, hat die Chance, „Studentin“ oder „Student des Jahres 2017“ zu werden. Zum zweiten Mal loben der Deutsche Hochschulverband (DHV) und das Deutsche Studentenwerk (DSW) diesen Preis aus. Er ist mit 5.000 Euro dotiert, die der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft beisteuert. Erstmals können auch studentische Teams nominiert werden. Es geht um „herausragendes Engagement“, sei es hochschulnah oder in Politik und Gesellschaft. Bis zum 31. Dezember 2016 können Studierende beim DSW für den Preis vorgeschlagen werden. Bei der ersten Auflage der Ausschreibung 2016 gab es 105 Nominierungen; „Student des Jahres 2016“ wurde der Medizinstudent Christoph Lüdemann von der Universität Witten/Herdecke. *sg.*

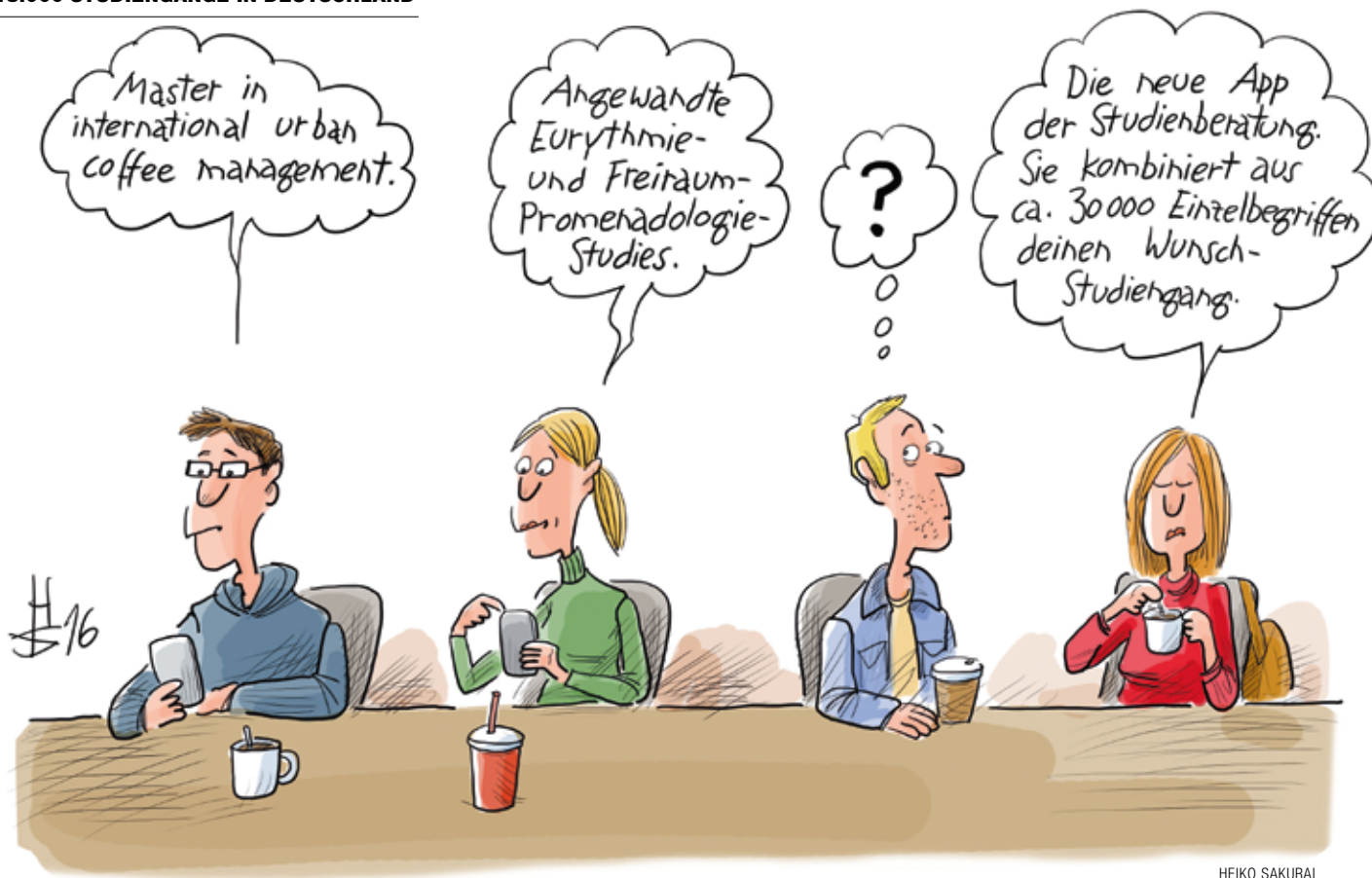
» www.studentenwerke.de/de/content/student-des-jahres-gesucht

Wussten Sie schon, dass ...

die Zuschüsse oder Finanzhilfen der Bundesländer zum laufenden Betrieb an die Studentenwerke nur noch **8,7%** ihrer Gesamteinnahmen ausmachen? In den 1990er Jahren lag der Anteil noch bei **25%**. Die Semesterbeiträge der Studierenden machen inzwischen **18%** der Gesamteinnahmen der Studentenwerke aus. Sie betragen im Jahr 2015 rund **1,694 Milliarden Euro**.

» www.studentenwerke.de

18.000 STUDIENGÄNGE IN DEUTSCHLAND



HEIKO SAKURAI

EINE FRAGE ...

WELCHES ZIEL HABEN SIE NACH ALL DEN PROGRAMMEN UND PAKTEN NOCH?

Das antworten die Bildungsexpert/innen der vier Bundestagsfraktionen



Kai Gehring **MdB**
Bündnis 90/Die Grünen

Von Pakt zu Pakt dürfen ambitionierte Ziele nicht aus den Augen geraten: Internationalisierung und Vernetzung intensivieren, die Chancen des digitalen Wandels nutzen, die Forschung stärker an großen Herausforderungen wie Klimakrise, Ressourcenknappheit, Migration oder Demografie ausrichten. Neben inhaltlichen Zielen braucht es eine nachhaltige Wissenschaftsfinanzierung: Die Grundfinanzierung der Hochschulen verbessern – mitsamt einer dauerhaften Lösung zur Modernisierung der Infrastrukturen des Wissens, die bessere Bauten und Ausstattung bringt.

» www.kai-gehring.de



Nicole Gohlke **MdB**
Die Linke

Die Wissenschaftspolitik der Bundesregierung ist mit all den Pakten und Programmen leider nicht auf Nachhaltigkeit und gute Lehr- und Forschungsbedingungen in der Breite ausgerichtet, sondern fördert Prekarisierung und Wettbewerb. Die Linke will stattdessen durch eine auskömmliche Grundfinanzierung der Hochschulen die Wissenschaft von Verdrängungswettbewerb und Drittmittel-Abhängigkeit befreien.

» www.nicole-gohlke.de



Dr. Ernst Dieter Rossmann **MdB**
SPD

Die Grundfinanzierung aller Hochschulen muss steigen-zur Verbesserung der Lehre und zur Stärkung der hochschulnahen Forschung. Auch nach 2019 müssen mindestens die bisher vom Bund investierten Mittel erhalten bleiben und die Länder müssen 2,5 Milliarden Euro mehr aufstocken können. Die Hochschulen müssen Digitalisierung, Europäisierung und Internationalität gestalten können. Als SPD kämpfen wir für eine Stärkung der sozialen Dimension des Studiums (u.a. BAföG), gegen Studiengebühren und für eine offene Hochschule.

» www.ernst-dieter-rossmann.de



Albert Rupprecht **MdB**
CDU/CSU

Der Bund unterstützt Studierende und Hochschulen heute so stark wie nie zuvor. Aber: Die Pakte sind – bis auf die neue Exzellenzstrategie – zeitlich begrenzt, die Wissenschaft wandelt sich. Daher diskutieren wir schon jetzt die Programme der Zukunft. Unsere Ziele sind weiterhin klar: Erstklassige Studiermöglichkeiten, eine solide Studienfinanzierung, attraktive Karrierewege für den wissenschaftlichen Nachwuchs, besserer Wissenstransfer, leistungsstarke Hochschulen sowie Exzellenz in Forschung und Lehre.

» www.albert-rupprecht.de

KURZE WEGE

Das Studentenwerk Chemnitz-Zwickau im Westen Sachsens ist bestens vernetzt mit den Hochschulen und der regionalen Wirtschaft.

studentenwerk
CHEMNITZ · ZWICKAU
www.swcz.de

Chemnitz

Zwickau

Unterstützt
9
Studierendensclubs

Filmclub tu chemnitz
* das campusfino *

TIVOLI e.V.

C&K

FPMCLUB

WINDKANAL

„Unsere größte Herausforderung besteht darin, den Spagat zwischen sozialen Dienstleistungen und Wirtschaftlichkeit immer wieder neu zu meistern. Hinzu kommt der schnelle Wandel der Bedürfnisse unserer Studierenden: Zurzeit steigt etwa in Chemnitz der Anteil internationaler Studierender stark an. Vor fünf Jahren betrug er noch acht Prozent, heute kommt schon fast ein Viertel der Studierenden aus dem Ausland. In Bezug auf Beratung, Wohnen und Gastronomie werden uns deshalb sprachliche Herausforderungen und unterschiedliche Ansprüche beschäftigen.“



Anja Schönherr
Geschäftsführerin des
Studentenwerks Chemnitz-
Zwickau

„Das Studentenwerk Chemnitz-Zwickau ist für mich ein Studentenwerk der kurzen Wege. Durch die enge und gute Zusammenarbeit mit den beiden Hochschulen werden den Studierenden in der Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau optimale Bedingungen für ein erfolgreiches Studium geboten. Vor allem das umfangreiche Angebot an Sozial- und Betreuungsleistungen, zum Beispiel für Eltern mit Kind oder für ausländische Studierende, erhöht aus meiner Sicht die Chance, dass junge Akademiker langfristig an die Region gebunden werden können und damit der hiesigen Wirtschaft nach erfolgreichem Abschluss zur Verfügung stehen.“



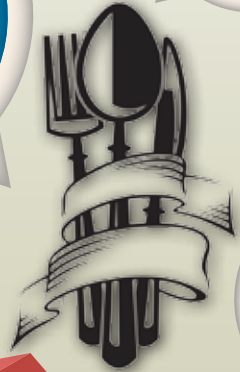
Konrad Nagel
Geschäftsführer von Nagel Textil,
Verwaltungsratsvorsitzender
des Studentenwerks Chemnitz-
Zwickau



16.204
Studierende
WS 2014/2015

3.012.096 €
Umsatz Mensen

5
Mensen &
Cafeterien



1.684
Tischplätze
in Mensen

6.347
BAföG-Geförderte

BAföG



28
Kindertagesstätten
mit
1.881
Plätzen



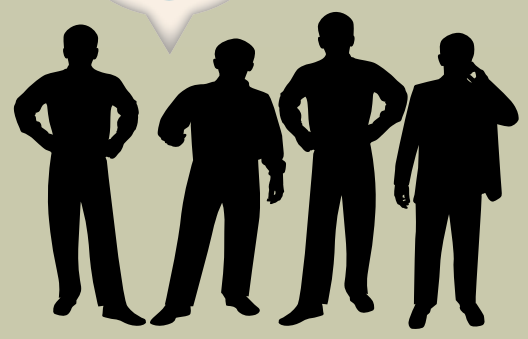
385
Sozialberatungen



Durchschnittliche
Miete
187 €
warm im Monat

2.764
Wohnheimplätze

157
Beschäftigte



PERSONALIA

Ein Großer der Branche



MATHIAS M. MEYER ist „GV-Manager des Jahres 2016“. Der kommissarische Geschäftsführer des Studentenwerks Erlangen-Nürnberg, gleichzeitig Abteilungsleiter von dessen Hochschulgastronomie, erhielt die Auszeichnung im Oktober 2016. Der Titel „GV-Manager des Jahres“ ist eine Art Branchen-Oscar der Gemeinschaftsverpflegung (GV), vergeben von dem Fachmagazin „GV Manager“. Meyer erhielt den Preis in der Kategorie „Education/Studentenverpflegung“. Neben ihm wurden auch Leiter von Unternehmens- und Krankenhauskantinen sowie Schul-

mensen ausgezeichnet. In der Laudatio heißt es, Meyer sei ein „Großer der Branche“ – eine Anspielung darauf, dass Meyer 2,12 Meter groß ist. Der 55-Jährige leitet seit 1998 die Hochschulgastronomie des Studentenwerks Erlangen-Nürnberg mit 25 gastronomischen Einrichtungen an sechs Hochschulstandorten. *sg.*

» www.studentenwerke.de

GEGENDARSTELLUNG

Zur Titelgeschichte „Digitale Hochschul-Revolution“ im DSW-Journal 3/2016 bittet uns das Hasso Plattner Institut (HPI), Potsdam, zu einem Passus auf Seite 17 um diese Korrektur:

„Das HPI bietet auf seiner Online-Bildungsplattform openHPI seit 2012 kostenlose und frei zugängliche Online-Kurse an rund um das Thema Informationstechnologie/Informatik. Es gibt keine Pläne dies zu ändern. Was seit September neu ist: Studierende haben die Möglichkeit, bei erfolgreichem Abschluss eines Online-Kurses ein „qualifiziertes Zertifikat“ zu erwerben mit dem sie sich bei ihrer Universität Leistungspunkte anrechnen lassen können. Dies ist ein kostenpflichtiges Zusatzangebot, das nicht der Gewinnerzielung dient.“

IMPRESSUM

DSW-Journal, Das Magazin des Deutschen Studentenwerks (DSW)
Ausgabe 4/2016, 11. Jahrgang

Das DSW-Journal erscheint viermal im Jahr.

Herausgeber: Deutsches Studentenwerk e.V.,
Monbijouplatz 11, 10178 Berlin

Verantwortlich: Achim Meyer auf der Heyde,
Generalsekretär

Redaktionsleitung: Stefan Grob (sg.),
stefan.grob@studentenwerke.de

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:
Jan-Martin Wiarda, Christian Füller, Christine Prußky, Christine Fromme (ChF), Heike Hucht, Benjamin Haerdi, Hubertus Heil, Armin Himmelrath,

Stefan Grob (sg.)

Grafik: BlazekGrafik
www.blazekgrafik.de

Karikatur: Heiko Sakurai

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH
www.henrich.de

Beratung: Helmut Ortner
www.ortner-concept.de

Anzeigen:
dswjournal-anzeigen@studentenwerke.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom

1. Januar 2016

Redaktionsanschrift:
Deutsches Studentenwerk e.V.

Redaktion DSW-Journal
Monbijouplatz 11, 10178 Berlin
Tel.: +49(0)30-29 77 27-20
Fax: +49(0)30-29 77 27-99

E-Mail: dswjournal@studentenwerke.de
Internet: www.studentenwerke.de

Nachdruck und Wiedergabe von Beiträgen aus dem DSW-Journal sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion erlaubt. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.



KOLUMNE

GROB GESAGT

Ich Weihnachtsmann

Freier Journalist, Werbetexter, Korrektor einer Opern-Zeitschrift, Nachtwächter auf Großbaustellen, Ordner bei Fußballspielen im Berliner Olympiastadion: Während meines – reichlich langen – Studiums hatte ich die unterschiedlichsten Nebenjobs. Ich war nicht mehr ganz jung und brauchte das Geld. Alle, auch die miesen Jobs, hatten etwas unendlich Gutes gemeinsam: Sie waren eine starke Erdung. Tagsüber Foucault und Lévinas lesen, abends grölenden Hertha-Fans in den Schritt fassen, um sie nach Messern abzusuchen. Nie wieder habe ich so tiefe Einblicke in soziale Milieus gekriegt wie im Studium. Es waren Lehren fürs Leben. Und eine Lektion in Demut: Sei froh, dass Du studieren darfst.

»Wir strafen nicht, wir tadeln nicht,
wir bescheren die Kinder«

Der schönste, lukrativste, härteste, erfüllendste Nebenjob war: Weihnachtsmann. Gutes Geld, bar auf die Krallen, aber auch viel Arbeit vorher. Die Schulungen beim Studentenwerk Berlin, ernsthaft, aber mit einer Prise Anarchie, vor allem bei den Weihnachtsmann-Vollversammlungen, mit Hunderten von Kollegen in einem Hörsaal der FU Berlin. Das Eingeschworenwerden auf die Rolle: Wir strafen nicht, wir tadeln nicht, wir bescheren die Kinder, sie stehen im Mittelpunkt. Das Abtelefonieren der Familien, das Abfahren der Häuser mit dem Rad, das Austüfteln der Route. Und dann der minutiöse Zeitplan an Heiligabend, alle 20 oder 30 Minuten eine neue Familie, zwölffmal, vierzehnmal, und dann noch die „schwarzen“, spontanen Jobs nach der offiziellen Schicht, wenn ein angetrunkenen Vater vor einer Wohnungstür mit einem Hunderterschein wedelt, verzweifelt, weil er keinen Weihnachtsmann gebucht hat ...

Warum ich Ihnen das erzähle? Weil ich in den Nebenjobs mehr fürs Leben lernte als an der Uni. Manchmal frage ich mich, ob das so gut ist.

Stefan Grob
Redaktionsleiter DSW-Journal
stefan.grob@studentenwerke.de

SERIE

TEAMWORK im Studentenwerk

18 19 20 21 22 23 24 25 26

SPIELEN, DOKTOR WERDEN

Wie viel Wasser braucht ein Weizenfeld? Auch mit solchen Fragen beschäftigt sich Sarah Lückert, jedenfalls indirekt. Sie leitet die Campus-Krippe des Studentenwerks Schleswig-Holstein in Kiel. Viele Eltern ihrer 20 Schützlinge promovieren. Kein Wunder, dass das Team – im Uhrzeigersinn: Maik Kühn, Janna Conjé, Bettina Otto, Sarah Lückert und Johanna Langmack – immer wieder Promotionsprojekte kennenlernt. Und auch mitbekommt, wenn Mutter oder Vater morgens nach durchgearbeiteter Nacht um kurz vor acht ihr Kind bringen, zum Copyshop stürmen, die Doktorarbeit abgeben und sagen: „Wenn ich bis heute Nachmittag nicht wieder auftauche, rufen Sie mich bitte an. Ich muss jetzt einfach nur noch schlafen.“ him.

» www.studentenwerk-sh.de/beratung-familie/familienservice/kindertagesstaetten/kiel/campus-krippe/index.html


STUDENTENWERK SH
Wir sind dein Rückenwind





Zukunft Europa

STUDIERENDEN-POLITIK

Pragmatismus gegen Populismus: Wie Studierende in Großbritannien und Griechenland sich für ein anderes Europa engagieren – und was sagen die deutschen Studierenden-Organisationen?

TEXT UND FOTOS: Jan-Martin Wiarda

Am Tag danach setzte sich Syada Dagastir vor ihre Webcam und ließ ihrer Wut freien Lauf. „Herzlichen Glückwunsch, Großbritannien!“, rief sie. „Wisst Ihr, wer Euch noch gratuliert? Marine Le Pen!“ Syada, 27, macht gerade ihren Doktor in Japanologie, vor allem aber, sagt sie, hat sie eine Mission. Sie will ihre Mitmenschen aufrütteln. Darum betreibt sie ihren eigenen YouTube-Channel namens „Tish Tackles“, und darum hat sie vor dem britischen EU-Referendum jeden Tag auf den Straßen Londons gestanden und Flugblätter verteilt. Noch am Morgen der Abstimmung am 23. Juni 2016 filmte sie sich und eine japanische Freundin, wie sie zusammen ins Wahllokal gehen. „Heute ist der große Tag!“, verkündete sie aufgekratzt. Um am Tag danach zu befinden: „Was soll das? Ich bin entsetzt und habe furchtbare Angst um unsere Zukunft.“

Europa im Jahr 2016: ein gespaltenen Kontinent. An seinen Rändern frant er aus, fast überall sind rechtspopulistische Parteien im Aufwind, und quer durch alle Gesellschaften zieht sich der Riss zwischen den Generationen. In Großbritannien etwa haben 75 Prozent der Wähler zwischen 18 und 24 für den Verbleib in der EU gestimmt, von den über 65-Jährigen gerade einmal ein Drittel. In Griechenland leiden die Alten unter den Rekordkürzungen bei ihren Renten und machen Brüssel dafür verantwortlich; die jungen Griechen verlassen zu Zehntausenden das Land und erleben den Nutzen der EU ganz praktisch: Weil sie einfach woanders arbeiten können.

Doch wie reagiert Europas Jugend auf die Krise? Welche Visionen setzen die Studierenden in London, Athen und anderswo dem Narrativ vom „gescheiterten Koloss Europäische Union“ entgegen? Zeit für eine Bestandsaufnahme.



Der Brexit war ein Schock



Martin Edobor (links) macht seinen Master in Philosophie und Politik. Omid Miri hat 2014 seinen Bachelor-Abschluss in Politikwissenschaft gemacht

Ein Think-Tank im Think-Tank

London, Mitte Oktober 2016: Natürlich regnet es an diesem Herbstnachmittag, als Martin Edobor und Omid Miri über den Campus des University College (UCL) eilen. Sie wollen zu einem Treffen der „Young Fabians“, der Nachwuchsorganisation der traditionsreichen „Fabian Society“, die 16 Jahre älter als die Labour-Partei ist und diese im Jahr 1900 gegründet hat. Die „Young Fabians“, könnte man sagen, sind der Think-Tank im Think-Tank der 7.000 Mitglieder starken Organisation; sie treffen sich zu Diskussionsrunden und Vorträgen, und in letzter Zeit haben sie fast nur noch über Europa debattiert. Heute hält Martin, 27, seine Abschiedsrede als Vorsitzender der „Young Fabians“, seine Amtszeit geht zu Ende, sobald er seinen Master in Philosophie und Politik in diesem Sommer abgeschlossen hat. Er arbeitet jetzt wieder als Arzt in einem Krankenhaus im Osten Londons.

Mit ihren dunklen Anzügen und den gepunkteten Krawatten wirken Martin, Sohn nigerianischer Einwanderer, und Omid, dessen Eltern aus dem Iran stammen, wie etwas ungleich geratene Zwillinge, und so klingen sie auch, sobald sie auf die Brexit-Entscheidung zu sprechen kommen. „Das war ein ziemlicher Schock“, sagt Omid betont nüchtern, doch schon im nächsten Satz ist es vorbei mit dem Understatement. „Wenn wir jetzt nicht aufpassen, stolpert unser Land in eine einzigartig dumme, wildkapitalistische Wirtschaftsordnung, die

versucht, mit der EU zu konkurrieren, ohne in der EU zu sein.“ Martin neben ihm nickt: „Die Brexit-Kampagne war gespickt mit so vielen Unwahrheiten, viele Leute wussten gar nicht, wofür sie da gestimmt haben.“

Es ist die beherrschende Frage für die beiden, ein Thema, auf das sie immer wieder zurückkommen: Wie können die Leute nur so uninformiert sein? Und was können wir tun, damit sich das ändert? „Dass wir überhaupt so weit gekommen sind, liegt daran, dass die Politik immer noch versucht, Probleme des 21. Jahrhunderts mit Antworten des 20. zu lösen“, sagt Martin Edobor.

Ein schnittiger Satz, doch würde man die beiden, wie sie da in dem Sitzungssaal mit den schweren Holztischen auf die anderen warten, unterschätzen, wenn man sie deshalb für Schwätzer hielte. Erst der Brexit hat sie zusammengeführt: Während Martin seit Jahren aktive Parteipolitik betreibt, war Omid, 23, zwar seit 2009 Labour-Mitglied, doch eigentlich, so sagt er, nur auf dem Papier. Am Abend des Referendums saß er vor dem Fernseher und dachte: Das gibt's nicht. Das kann nicht sein. Hatten nicht fast alle seine Bekannten für den Verbleib Großbritanniens in der EU gestimmt? Hatten sie sich nicht gegenseitig darin bestätigt, wie wichtig Europa für ihr Land sei? „Das war der Augenblick, in dem ich realisiert habe: Es ist nicht überall Islington“, sagt Omid, der in besagtem Londoner In-Viertel mit Linkstradition aufgewachsen ist. So sei das Referendum für ihn der „Weckruf“ geworden, wie er es formuliert.

Offener Hass

Martin dagegen hatte es kommen sehen. Er ist in London von Tür zur Tür gezogen, war auch ein paar Mal draußen in den East Midlands, wo er nach seinem ersten Abschluss, dem in Medizin, als Assistenzarzt gearbeitet hat. Als er dort für die „Remain“-Kampagne an Türen klopfte, schlug ihm Ablehnung entgegen, offener Hass sogar auf die Einwanderer aus Osteuropa und anderswoher, die den Briten angeblich die Jobs wegnehmen.

Was aber bedeutet Europa für sie? „Großbritannien ist Europa. Ein Europa ohne Großbritannien, das geht gar nicht“, sagt Martin Edobor. „Und auch eine Europäische Union ohne Großbritannien ist für mich eigentlich ein Widerspruch in sich.“ Omid Miri ergänzt: „Wir teilen die Werte von Freiheit und sozialem Ausgleich. Europa ist unsere Zukunft, gesellschaftlich wie wirtschaftlich.“ Er sagt es mit Frust in der Stimme, mit Trotz und einem Schuss Eitelkeit: Eben, weil er es weiß. Und andere nicht.

Und jetzt? Jetzt, sagen die beiden, müssen neue Strukturen, neue Kommunikationsformen her. „Selbst die „Young Fabians“ denken da nicht radikal genug“, sagt Martin. Darum bauen sie das „New Century Institute“ (NCI) auf. Bislang ist es kaum mehr als eine Internetseite, die Miri, der 2014 seinen Bachelor-Abschluss in Politikwissenschaft gemacht hat, programmiert hat. Miri arbeitet als Webdesigner, „nebenher“, wie er sagt, da die

Konzeption des NCI die meiste Zeit frisst. Der Anspruch, den sie für ihr Projekt formuliert haben, ist so gewaltig, dass man ihn im Original zitieren muss: „We aim to galvanise the next generation in pursuit of solutions to humanity’s greatest obstacles.“ Nach und nach wollen sie die Website mit Meinungsbeiträgen füllen, über die sozialen Medien wollen sie Debatten anregen - über den Klimawandel, über Armut und Krankheiten und die Frage, wie sich der nationalistischen Enge das Modell einer Weltbürgerschaft entgegenstellen lässt. Und das, während die britische Innenministerin Amber Rudd verkündet, die Zahl der internationalen Studierenden von außerhalb Europas deutlich senken zu wollen - weil das ja alles potenzielle Einwanderer seien. „Großbritannien wird die EU verlassen, ob wir das nun gut finden oder nicht“, sagt Martin. „Doch wir müssen uns und unsere Generation darauf vorbereiten, dass künftige politische Entscheidungen klüger ausfallen und weitsichtiger.“

Ein kurzes Gastbeispiel in der Labour Party

Man kann solch eine Idee als visionär bezeichnen, als spinnig oder auch als Mut der Verzweiflung: Für viele Studierende in Großbritannien war die Brexit-Abstimmung ein Moment, der ihr Leben verändert hat, der ihre Sicht auf die Dinge prägt. So auch bei Syada Dagastir, deren Eltern aus Indien eingewandert sind und die sagt, es sei kein Zufall, dass sich gerade so viele Einwandererkinder für Europa engagierten. Seit Syada 12 war, habe sie so ziemlich für und gegen alles demonstriert, erzählt sie: gegen Fastfood-Ketten und gegen den Genozid in Sri Lanka, für Menschenrechte und das Recht auf kostenfreie Bildung. „Für mich als Muslimin begann die Politisierung durch die Anschläge vom 11. September 2001“, sagt sie. Für Parteipolitik jedoch habe sie sich nie intere-



DIE LINKE. SDS

Janis Ehling, 31, studiert Politikwissenschaften (mit dem Schwerpunkt Europäische Integration)

Die neoliberale Politik der EU hat die Länder in eine scharfe wirtschaftliche Konkurrenz gebracht.

Der jetzt grassierende Nationalismus ist ein Reflex darauf. Als reine Wirtschaftsunion wird

die EU daher zerfallen. Nur ein geeintes soziales und demokratisches Europa ist auf Dauer lebensfähig.

Wir Studis haben durch das Erasmusprogramm europaweit Freunde gefunden. Dieses internationale europäische Denken müssen und wollen wir weitertragen.



Syada Dagastir macht gerade ihren Doktor in Japanologie

ssiert. Das änderte sich erst im vergangenen Herbst, als Jeremy Corbyn neuer Labour-Vorsitzender wurde und in diesem Frühjahr, als sie bei „Students for Europe“ mitmachte, einer landesweiten Kampagne für den Verbleib Großbritanniens in der EU. „Corbyn ist für viele junge Leute so ein bisschen wie Professor Dumbledore bei Harry Potter“, sagt sie. „Er lässt uns glauben, dass es doch noch so etwas gibt wie den Kampf für das Gute in der Welt.“ Als Syada das sagt, sitzt sie gerade im „Prince of Wales Feathers“, einer Studentenkneipe mit Backsteinwänden und enormer Bierauswahl, nur ein paar hundert Meter vom UCL-Campus entfernt.

Vor ein paar Monaten dann ist sie in die Partei eingetreten, doch es wurde ein kurzes Gastspiel. „Ich bin meinen lokalen Parlamentsabgeordneten etwas hart angegangen“, sagt sie und grinst. Wieder dieses britische Understatement. Konkret: Sie hat sein verschlossenes Bürgerbüro gefilmt, das ihres Erachtens eigentlich offen sein sollte, und auf YouTube kommentierte sie, Steve Reed seien seine Wähler egal, außerdem sei er New Labour, ein Blair-Anhänger, „and we don’t need that shit.“ Da haben sie Syada rausgeworfen aus Labour, und jetzt hockt sie im „Feathers“ vor ihrer Cola mit Rum und zuckt mit den Achseln. Ihren Glauben an Corbyn hat sie dennoch nicht ganz verloren. „Die Tories driften nach rechts außen, sie sind nicht viel besser als Trump“, sagt sie. „Doch Labour geht nach links, und darin liegt eine große Chance für dieses Land.“ Der Brexit ist für sie ein Katalysator, er könne es im Guten wie im Schlechten sein, und damit, sagt Syada Dagastir, komme es auf die Jugend an, damit er ein Katalysator zum Guten werde. Vielleicht müsse den jungen Briten Europa ja erst weggenommen werden, um Aspiration, Gradmesser für die Zukunft zu werden.



Kostas Zivas: „Der emotionale Wert von Europa ist für mich gleich null.“

„Der neue Trend zum Isolationismus“

Jung gegen Alt, Gebildet gegen Ungebildet, Stadt gegen Land, das sind Risse in der britischen Gesellschaft, die die Brexit-Abstimmung vor Augen geführt hat. „Das ist etwas, das uns grundsätzlich besorgt“, sagt Lea Meister, Vorsitzende der European Students' Union (ESU). „Ganz gleich, wohin wir schauen: Dieser neue Trend zum Isolationismus in vielen Ländern, gegen den müssen wir als Studenten angehen.“ Gleichzeitig müssten die ESU und die nationalen Studierendenorganisationen, die sich in ihr zusammengeschlossen haben, immer wieder klar sagen: „Weniger Europa ist weniger Gelegenheit für internationalen Austausch, weniger Europa bedeutet weniger Bildung, und an Bildung zu sparen, ist immer der falsche Weg.“ Frappierend ist indes, dass der wirksamste Widerstand gegen die europäische Krise nicht von den nationalen Studierendenorganisationen kommt, sondern von den ganz normalen Studierenden auf den Campussen überall in Europa.



CAMPUSGRÜN

Andreas Ewald, 27, studiert Mechatronik und Politikwissenschaften

Wer die europäische Idee stärken will, muss ein Europa schaffen, das seine humanitäre Verantwortung übernimmt und offene Grenzen nach innen wie nach außen hat. Wir wollen ein soziales Europa, das demokratisch Entscheidungen trifft und seine Stärke in Vielfalt sieht. Mehr Demokratie bedeutet mehr Macht für das Europäische Parlament, da dieses das einzige direkt gewählte Gremium ist, und somit die größte Nähe zur Bevölkerung hat.



JUSO HOCHSCHULGRUPPEN

Josefine Geib, 22, studiert Germanistik, Geschichte und Judaistik

Die Bankenrettung hatte eine dramatische Steigerung der Staatsverschuldung zur Folge, und die Austeritätspolitik war die völlig falsche Reaktion darauf. Ich wünsche mir Europa als Solidargemeinschaft, die erkennt, dass eine rein nationale Politik in Zeiten der Globalisierung überholt ist. Bildung ist hier der Schlüssel. Statt Einsparmaßnahmen muss beispielsweise in eine europäische Hochschullandschaft investiert werden.

Es ist elf Uhr morgens an diesem Herbsttag 2016 in Athen, der Wetterbericht verspricht 24 Grad und den ganzen Tag Sonne. Eirini Margetousaki steigt aus dem verschrammten Bus der Linie 550 und betritt einen Palmengarten, in dem sich Studierende auf dem Rasen fläzen. Hier zwischen Springbrunnen und Säulenportal der Panteion-Universität ist die Krise für einen Augenblick weit weg, doch sie hat sich nur hinter der nächsten Ecke versteckt. Dort, hinter dem Hauptgebäude, haben sie ihre Stände aufgereiht, all die Jugendorganisationen von Links- nach Rechts außen, die den Campus mit ihren Postern und Parolen vollgepflastert haben. Eirini, 22, schnaubt verächtlich, als sie die Leute an ihren Ständen hocken sieht, und läuft weiter auf die Bibliothek zu. „Die tun nur so, als ob sie sich für Politik interessieren“, sagt sie. „Eigentlich betreiben die alle Klientelwirtschaft.“ Statt Erstsemester mit ihren politischen Idealen zu überzeugen, bestäuben sie sie mit kostenlosen Vorlesungskripten, sagt Eirini, die im fünften Jahr „International European and Area Studies“ studiert.

Die Erfahrung der Krise

Nein, die Jugendorganisationen politischer Parteien seien nichts für sie. Lieber engagiert sie sich bei „Safia“, der „Student Association for International Affairs“, die Konferenzen und Studienreisen ins europäische Ausland organisiert und dazu das jährliche Jugendparlament, zu dem sich seit 20 Jahren Griechinnen und Griechen aus dem ganzen Land versammeln, um über aktuelle Probleme zu diskutieren - und bewusst wissenschaftsbasierte Lösungen zu suchen. Schon das ist einer der Risse durch die griechische Gesellschaft: Zwischen denen, die sich parteipolitisch engagieren, und denen, die das griechische Parteiensystem für gescheitert halten. Ein Riss, der quer durch die Jugend geht, sagt Eirini. Wobei sie sich in einem Punkt fast alle einig sind: Die

von der Europäischen Union aufgezwungene Sparpolitik sei falsch, sie schade Griechenland und sonst nichts.

Früher seien sie zwei- oder dreimal im Jahr verreist, erzählt Eirini, nach Italien, Schottland, Österreich oder Deutschland. Seit Griechenlands existenzielle Krise vor sieben Jahren begonnen hat, wurden die Gehälter ihrer Eltern, beide im öffentlichen Dienst, mehrfach gekürzt, und Eirini hat so ziemlich jeden Studentenjob gemacht, den man sich vorstellen kann: Nachhilfe, Kellnern in Kneipen, Cafés und Restaurants, dazu hat sie fast jede vorlesungsfreie Woche draußen auf den griechischen Inseln verbracht, um Geld dazuzuverdienen. „Mit dem Ergebnis, dass ich im Studium mittlerweile ein ganzes Jahr hinterherhänge.“ So wie ihrer Familie gehe es fast allen. Sie haben im Boom Wohnungen und Häuser gekauft, sich verschuldet, „und jetzt haben wir alle Wohnungen, die uns keiner abkauft, und nicht genug Geld, um den Kühlschrank zu füllen.“ Eine kollektive Erfahrung, die die jungen Griechinnen und Griechen zusammenschweißt, und die doch zu einem weiteren Riss führt, der sogar gute Freunde voneinander trennt.

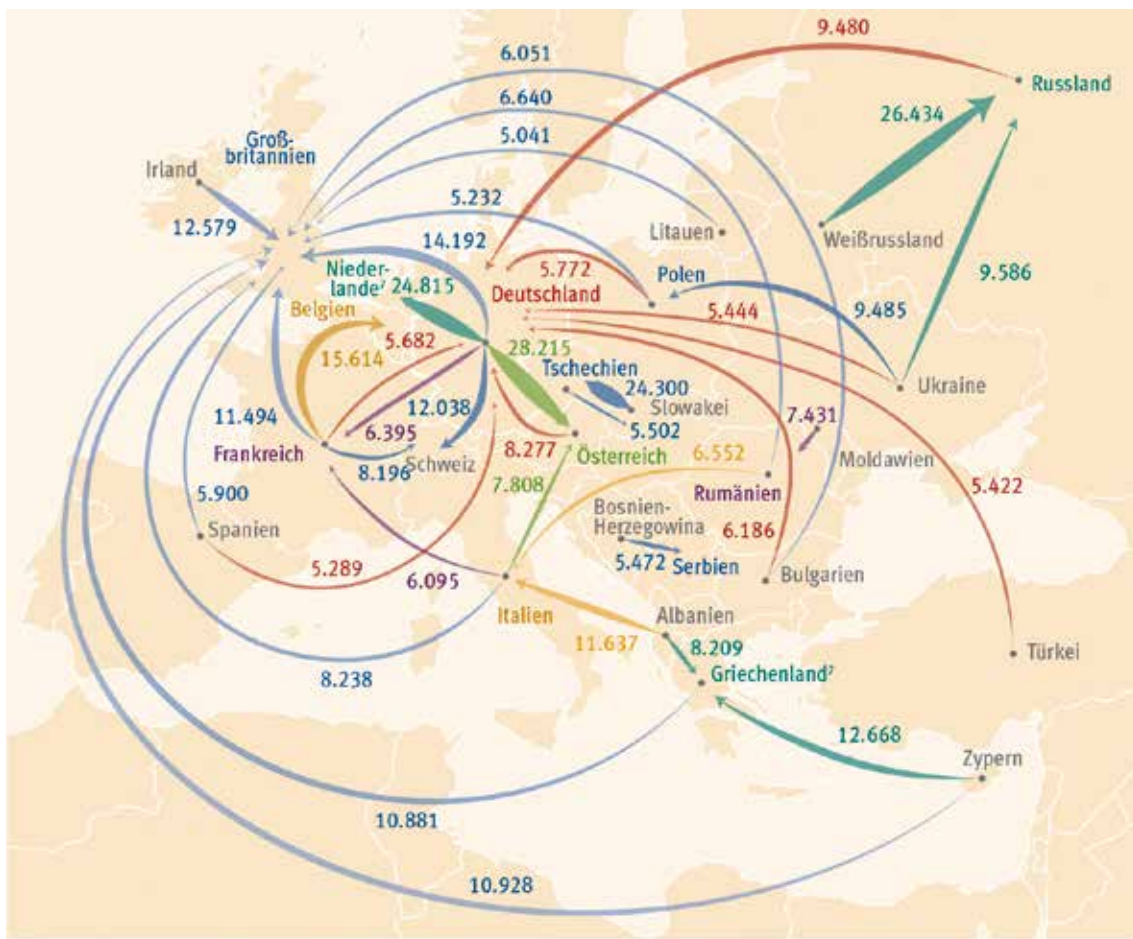
Eirini Margetousaki zum Beispiel von ihrem Kommilitonen Kostas Zivas. Sie trifft sich mit ihm in einem kleinen Straßencafé, ein paar Meter abseits vom Trubel der Parteiaktivistinnen. „I’m out“, sagt Kostas, 21, als sie über die Zeit nach dem Bachelorabschluss sprechen. „Keine Frage. Sofort. Ich gehe nach England oder nach Amerika oder wohin auch immer. Hier bleibe ich ganz sicher nicht.“ Aber das sei doch seine Heimat, entgegnet Eirini. „Ach, was“, entgegnet Kostas, der eine russische Mutter hat, mit einem Achselzucken, „ich bin diesem Land doch nicht verpflichtet.“ Eirini sagt, solche Sätze höre sie oft, und wenn sie ganz ehrlich ist, geht es ihr ja selbst ein bisschen so. Sie würde gern einen Master machen, in den USA oder vielleicht auch in Berlin. Neulich war sie auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung an der Humboldt-Universität, das hat sie beeindruckt. Aber ei-



Eirini Margetousaki studiert im fünften Jahr „International European and Area Studies“.



Europa ist eine Enttäuschung und eine Chance zugleich.



Studierendenmobilität innerhalb Europas 2013. Quelle: www.wissenschaft-weltoffen.de

nes hat sie sich geschworen: Falls sie geht, kommt sie auf jeden Fall wieder. Sie will dabei helfen, dass ihr Land wieder auf die Beine kommt.

„Der emotionale Wert von Europa ist gleich null“

Was ist Europa für sie? „Oh, Gott“, sagt Eirini, als sie die Frage hört. „Das kann ich nicht in ein paar Worten sagen. Europa ist eine Enttäuschung und eine Chance zugleich. Ich möchte gern dabei helfen, all die wunderbaren Werte und die demokratische Kultur, für die die EU stehen möchte, erlebbar zu machen.“ Sie hält für einen Augenblick inne und sagt: „Ich fühle mich als Griechin, und ich fühle mich als Europäerin. Ich würde mich irgendwann gern mehr als Europäerin denn als Griechin fühlen.“

Kostas winkt ab. „Das ist mir zu hochtrabend. Für mich hat Europa einen funktionalen Wert. Ich kann überall hinreisen, überall arbeiten. Der emotionale Wert von Europa ist für mich gleich null.“

Zurück in Deutschland. Gerade erst hat die Bundesagentur für Arbeit wieder gemeldet, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Europa nirgendwo geringer ist als hierzulande. Bei Hochschulabsolvent/innen ist sie schon lange unter die Drei-Prozent-Marke gefallen. Kaum ein Land profitiere so sehr von Europa wie Deutschland, sagt Jenovan Krishnan, der Bundesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Doch mache sich das kaum noch einer klar. „Wir Jungen sind wie selbstverständlich mit den Freiheiten der EU aufgewachsen, weil wir nie für sie kämpfen mussten“, sagt Krishnan. Ob offene Grenzen, eine gemeinsame Währung oder mehr als 70 Jahre Frieden: „Es ist Zeit, dass wir uns all diese Errungenschaften wieder bewusst machen und zum ersten Mal entschieden für sie eintreten.“



RING CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER STUDENTEN (RCDS)

Jenovan Krishnan, 25, studiert Politikwissenschaften

Kaum ein Land profitiert so sehr von Europa wie Deutschland, doch macht sich das kaum noch einer klar. Wir Jungen sind wie selbstverständlich mit den Freiheiten der EU aufgewachsen, weil wir nie für sie kämpfen mussten. Ob offene Grenzen, eine gemeinsame Währung oder über 70 Jahre Frieden: Es ist Zeit, dass wir uns all diese Errungenschaften wieder bewusst machen und zum ersten Mal entschieden für sie eintreten.



LIBERALE HOCHSCHULGRUPPEN

Johannes A. Dallheimer, 22, studiert Wirtschaftswissenschaften

Ich halte nichts von der These, dass die Alten die Zukunft der Jungen verfrühstücken. Es liegt an den Jungen, sich aktiv zu beteiligen an den Debatten, den Diskussionen und am Gestaltungsprozess. Der Austausch, ob in Verbänden, Parteien oder durch Studienprogramme wie ERASMUS, ist dabei einer der wichtigsten Beschleuniger. Meine Version von Europa ist ein europäischer Bundesstaat.

Mandy Gatz ist Vorsitzende des linken Studierendenverbands „freier Zusammenschluss von student/innen-schaften (fzs). Sie besorgt der neue Nationalismus, der überall in Europa grassiert. „Wir haben gedacht, die Europäische Union als Konstrukt könne dabei helfen, den Gedanken des Nationalstaats zu überwinden, aber im Moment sehen wir das Gegenteil.“ Das Problem mit den vermeintlichen Freiheiten der EU sei, dass sie für viele gar nicht erfahrbar seien – schlicht, weil sie zu arm seien für Urlaube oder Auslandssemester. „Für uns Privilegierte mag da gerade etwas wegbrechen, für die sozial Abgehängten dagegen hat die europäische Idee nie einen großen Unterschied gemacht.“ Zukunft habe die EU daher nur, wenn sie zunächst die soziale Spaltung überwinde, zwischen Ländern, aber auch innerhalb von Gesellschaften. „Solange bei uns zum Beispiel viele Leute der EU den Verlust der Glühbirne anlasten oder der D-Mark nachweinen, weil sie Europa nur so erleben, brauchen wir uns über mehr europäische Integration gar nicht zu unterhalten.“

Was ist Europa, und wie wollen die Studierenden Europa retten? Martin Edobor und Omid Miri sagen: über Bildung, über Politisierung. Syada Dagastir sagt: Der Kampf um Europa ist ein Kampf von Rechts gegen Links, und Eirini Margetousaki antwortet, sie wünsche sich ein Europa, in dem Griechen wieder selbstbewusste Partner sein könnten – wofür zuallererst jedoch die Griechen selbst sich wandeln müssten. Doch ganz gleich, ob in London, Berlin oder Athen: Vor allem ist Europa ein Symbol, ein Versprechen für Europas Studierende. Ein Versprechen auf eine bessere Zukunft. Ein Versprechen, von dem sie wissen: Nur sie selbst können es einlösen.



DER AUTOR

Jan-Martin Wiarda ist Journalist, Moderator, Blogger und Fragensteller. An den Studierenden in Großbritannien und Griechenland imponiert ihm, dass sie für ihre Überzeugungen eintreten, auch wenn ihr Kampf manchmal aussichtslos erscheint. www.jmwiarda.de

EXPERTEN-INTERVIEW

»Die ‚Generation Erasmus‘ müsste aufstehen«

Ulrich Grothus, stellvertretender Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), wünscht sich, dass die Studierenden für ein besseres Europa eintreten.



DSW-Journal: Herr Grothus, welche Haltung haben Studierende generell gegenüber Europa?

Nach allem, was wir wissen, haben jüngere und gebildete Menschen eine positivere Einstellung zu Europa als der Durchschnitt der Bevölkerungen. Das hat sich auch beim Referendum in Großbritannien bestätigt. Im Durchschnitt identifizieren sich heute deutsche Studierende praktisch ebenso häufig mit „Europa“ wie mit Deutschland oder ihrer Heimatstadt. Demgegenüber liegt die Identifikation mit der Europäischen Union ein Stück zurück. Ich fürchte auch, dass zu viele Studierende die Union inzwischen für selbstverständlich halten, sich nicht aktiv für den Zusammenhalt Europas einsetzen – und sich nicht an den kontroversen Debatten über ihre Zukunft beteiligen. Da würde ich mir mehr Wortmeldungen, mehr Einmischung, meinetwegen auch mehr intellektuellen und intelligenten Streit wünschen.

Was ist mit den Studierenden aus Krisenländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit, wie etwa Griechenland, Spanien, Italien?

Da ist das Bild durchwachsen. Zum einen sind viele Studierende enttäuscht und frustriert über die Austeritätspolitik, die sie als von Deutschland und Brüssel aufgezwungen wahrnehmen. Sie hat zu teilweise dramatischen Einschnitten auch bei der Hochschulfinanzierung geführt. Auch für junge Wissenschaftler gibt es fast keine offenen Stellen mehr. So ist auch die früher sehr hohe Zustimmung zu Europa zum Beispiel in

Italien stark zurückgegangen. Andererseits sehen viele junge Leute in der europäischen Freizügigkeit eine Chance, ihr Glück anderswo versuchen zu können – und zu müssen. In unseren eigenen Stipendienprogrammen sehen wir daher stark steigende Bewerberzahlen aus diesen Ländern. Und aus keinem Land arbeiten heute so viele Wissenschaftler an deutschen Hochschulen wie aus Italien, das vor einem Jahrzehnt noch auf Platz drei lag. Auch die Erasmus-Mobilität ist durch die Krise bisher kaum beeinträchtigt, bei Praktika gibt es sogar einen deutlichen Anstieg. Sicher rührt diese Popularität von Praktika auch daher, dass man damit die Chancen auf spätere Beschäftigung zu verbessern hofft.

Umgekehrt: Was erwarten die Studierenden von Europa?

Ich bin ja selbst schon ganz lange kein Student mehr. Soweit ich das beurteilen kann, erwarten viele Studierende stärker konturierte politische und soziale Alternativen, zwischen denen man entscheiden kann, oder sogar Visionen, für die man sich begeistern kann. Dass zwischen früheren Erzfeinden heute Frieden und sogar Freundschaft herrscht, ist eine großartige Errungenschaft, die aber für viele Jüngere inzwischen selbstverständlich scheint. Und der Europäische Hochschul- und Forschungsraum zum Beispiel tritt den Studierenden vielleicht zu sehr technokratisch mit Kreditpunktsystemen und Modulbeschreibungen entgegen und zu wenig als eine große Idee und Praxis, die Lernen und Forschen inhaltlich neu gestalten und grenzüberschreitend vorantreiben kann.

Wie helfen aus Ihrer Sicht Austauschprogramme wie Erasmus, den europäischen Gedanken bei den Studierenden zu verankern?

Sie eröffnen neue Perspektiven, nicht zuletzt auch auf das eigene Land. Und die mobilen Studierenden erfahren, was uns verbindet, knüpfen Freundschaften, finden sehr oft auch Partner fürs Leben. Aus Befragungen von Erasmus-Teilnehmern wissen wir auch, dass Auslandserfahrung die Identifikation mit Europa stärkt: Mobile Studierende sehen sich häufiger als „Europäer“ und „Unions-Bürger“ als immobile, übrigens umso stärker, je länger sie im Ausland waren und je mehr Kontakt sie im Ausland mit Einheimischen und anderen Ausländern hatten; weniger stark, wenn sie zum Beispiel mit anderen deutschen Austauschstudenten zusammenwohnten. Wir müssen auch, glaube ich, außerhalb der fachlichen Curricula in den Austauschprogrammen mehr Gelegenheiten zu Begegnung und diskursiver Auseinandersetzung schaffen.

Erwarten Sie von den europäischen Studierenden einen starken politischen Impuls pro Europa?

Jedenfalls würde ich ihn mir wünschen. In einer Situation, wo unsere Union in der Krise ist und nationalistische Impulse wieder aufbrechen, müsste die „Generation Erasmus“ aufstehen, über ihre vielen grenzüberschreitenden Kontakte und Freundschaften Zusammenhalt und europäische Öffentlichkeit herstellen und für ein besseres Europa streiten.

Was wollen

DOPPEL-INTERVIEW Beide sind seit 100 Tagen im Amt als Sprecher für die Unis, Karim Khakzar als Sprecher

TEXT: Christine Prußky



ULRICH RADTKE

HRK-Sprecher für die Universitäten (UNI)

»DER BUND MUSS SICH FINANZIELL STÄRKER ENGAGIEREN. DAS KANN ÜBER DIE GRUNDFINANZIERUNG LAUFEN, ÜBER PROJEKTE, DEN HOCHSCHULBAU ODER ÜBER BUNDES-UNIVERSITÄTEN«

ZUR PERSON

Professor Dr. Ulrich Radtke, geboren 1955 in Werther/Westfalen, ist seit 2008 Rektor der Universität Duisburg-Essen. Vor rund 100 Tagen übernahm der Geograph das Amt des Sprechers der Universitäten in der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und ist HRK-Vizepräsident für Wissenstransfer in Wirtschaft und Gesellschaft. 2015 wurde er als „Hochschulmanager des Jahres“ ausgezeichnet. Bundesweite Aufmerksamkeit erregte Radtke 2013, als er in einem öffentlichen Wutbrief die Bildung exklusiver Interessensgruppchen in der HRK brandmarkte und so erfolgreich eine Grundsatzdiskussion um die Wirkungsmacht der HRK auslöste.

www.uni-due.de/de/reaktorat/radtke.php

Herr Radtke, warum sprechen Sie für die Universitäten?

Weil ich kein stiller Gremienhocker bin. In Beratungen nutze ich die Zeit und bringe Ideen ein. So läuft man dann auch „Gefahr“, in ein Amt gewählt zu werden. In Diskussionen bleibe ich grundsätzlich offen und bin nicht auf Konfrontation aus. Ich gehe integrativ vor, so erreicht man am meisten. In der Hochschulrektorenkonferenz müssen wir Universitäten uns also vertragen und mit Fachhochschulen an einem Strang ziehen. Gemeinsam stärker!

An deutschen Universitäten studieren 1,7 Millionen Studierende, an Fachhochschulen 900.000. Also haben die Unis mehr Gewicht in der HRK ...

Dass sich die Studierendenzahl im Stimmenverhältnis niederschlägt, ist historisch begründet und berechtigt. Entscheidend ist: Fachhochschulen sind so wichtig wie Unis. Es ist in unserem Interesse, sie dabei zu unterstützen, ihr Profil zu schärfen und für ihre Entwicklungsforschung mehr Mittel zu bekommen. So können Fachhochschulen auch im Gegenzug etwa den Nachwuchspakt für Unis leichter unterstützen. Bei der Promotion von FH-Absolventen arbeiten wir an einem geregelten, kooperativen Verfahren. Klar ist aber: Die Zeit ist endlich. Laufen kooperative Promotionen zukünftig nicht überall fair ab, sehe ich die ernste Gefahr einer dauerhaften Konfrontation zwischen Fachhochschulen und Universitäten. Das hilft niemandem.

Was wollen Sie konkret für die Unis erreichen?

Der Bund muss sich finanziell stärker engagieren. Das kann über die Grundfinanzierung laufen, über Projekte, den Hochschulbau oder über Bundesuniversitäten. Dringend reden müssen wir über die Betreuungsverhältnisse. Als ich studierte, kamen auf einen Professor 35 Studierende, heute sind es 65. Wir brauchen keine Mindestanforderungen wie die Akkreditierung, sondern gute Lehrbedingungen. Um dafür Geld zu bekommen, müssen wir klar machen, dass und wie wir uns in Forschung und Lehre auch um gesellschaftliche Belange kümmern. Die Universität ist jedoch kein „Sozialinstitut“, die Wissenschaftsfreiheit ein hohes Gut. Es schadet ihr aber auch nicht, den gesellschaftlichen Impact noch stärker zu zeigen. Im Gegenteil: Es wäre politisch unklug, sich dem zu verweigern.

Wie können die Studierendenwerke Sie unterstützen?

Ein gutes Umfeld ist wichtig für ein gutes Studium: Die Mensen und Cafeterien, attraktive Wohnheimplätze und Beratungsangebote tragen sehr zur Studienqualität bei. Die Studierendenschaft ist heterogener geworden. Es ist daher gut, mehr Unterstützung anzubieten.

Im Jahr 2030 sind die deutschen Universtäten ...

... weiterhin ganz wichtige Säulen unseres demokratischen Staates.

Sie erreichen?

in der Hochschulrektorenkonferenz (HRK): Ulrich Radtke für die FHs. Was eint die beiden, was trennt sie?

FOTOS: Christian Kruppa

Herr Khakzar, warum sprechen Sie für die Fachhochschulen?

Es ist wichtig, dass die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) oder Fachhochschulen (FH) gute Rahmenbedingungen erhalten, um ihre Stärken bestmöglich entfalten zu können. Dafür möchte ich mich einsetzen. Der Hochschulpakt 2020 muss über das Jahr 2020 hinaus fortgeführt werden. Das hat für mich oberste Priorität. HAWs leben inzwischen von den Paktgeldern, an vielen machen sie zirka 30 Prozent des Etats aus. Brechen die Zahlungen ein, haben wir ein Riesenproblem.

An Universitäten studieren 1,7 Millionen Studierende, an Fachhochschulen 900.000. Also haben die Unis mehr Gewicht in der HRK ...

Es geht darum, Gemeinsamkeiten zu suchen und dafür Mehrheiten zu finden. Das gelingt in vielen Fällen gut. Es gibt allerdings auch Themen, wie das eigenständige Promotionsrecht für FHs/HAWs, da sind die Interessen zu gegensätzlich. Hier erwarte ich in nächster Zukunft kein gemeinsames HRK-Papier.

Was wollen Sie konkret für die Fachhochschulen erreichen?

In der Lehre sind wir gut aufgestellt. Für Forschung und Transfer brauchen wir zusätzliche Mittel. Im Moment gibt der Bund für FH-Förderprogramme 46 Millionen Euro jährlich aus. Die HRK fordert eine jährliche Erhöhung um 20 Millionen Euro über fünf Jahre. Parallel dazu müssen wir uns für den Wettbewerb um Drittmittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft fit machen. Außerdem müssen Karrieren bei uns attraktiver werden. Bei Berufungen kriegen wir selten im ersten Anlauf eine Dreierliste mit Spitzenleuten zustande. Ein Programm zur Gewinnung von Professorinnen und Professoren für FHs/HAWs mit vergleichbarer Ausstattung wie das Tenure-Track-Programm an Unis ist dringend nötig.

Wie können die Studierendenwerke Sie unterstützen?

Für entscheidend halte ich den Wohnheimbau. Gut wäre, wenn überall zehn Prozent der Studierenden Wohnheimplätze hätten. In Fulda tut sich derzeit Erfreuliches: Das für uns zuständige Studentenwerk Gießen eröffnet drei neue Wohnheime. Toll!

Im Jahr 2030 sind die deutschen Fachhochschulen ...

...gemeinsam mit allen anderen Hochschultypen Akteure in einer Hochschullandschaft, die sich nicht mehr in Typen gliedert. Hochschulen werden nach ihren Stärken und Profilen unterschieden und entsprechend gefördert. In der HRK gibt es keine Gruppen mehr.



DIE FRAGEN STELLTE

Christine Prubky, Journalistin und Wissenschaftsmediatorin; sie lebt in Berlin
www.xing.com/profile/Christine_Prussky



KARIM KHAKZAR

HRK- Sprecher für die Fachhochschulen (FH)

»ENTSCHEIDEND HALTE ICH DEN WOHNHEIMBAU. GUT WÄRE, WENN ÜBERALL ZEHN PROZENT DER STUDIERENDEN WOHNHEIMPLÄTZE HÄTTEN«

ZUR PERSON

Professor Dr. Karim Khakzar, geboren 1960 in Stuttgart, ist seit 2008 Präsident der Fachhochschule Fulda. Als Sprecher der Mitgliedergruppe der Fachhochschulen in der Hochschulrektorenkonferenz fungiert der Elektrotechniker seit August dieses Jahres. Daneben ist Khakzar HRK-Vizepräsident für Schnittstellen im Hochschulsystem. Führungserfahrung sammelte Khakzar in der Wirtschaft beim Telekommunikationsunternehmen Alcatel in Stuttgart und Brüssel. Hochschulpolitisch aktiv ist er in Hessen bereits seit 2013, wo er bis 2015 Vorsitzender der Konferenz hessischer Fachhochschulpräsidenten war. Bundesweit bekannt wurde der Hochschulmanager, als seine Fachhochschule im Oktober 2016 das Promotionsrecht erhielt – als erste in Deutschland.

www.hs-fulda.de/fachbereiche/angewandte-informatik/ueber-uns/professuren/details/person/prof-dr-karim-khakzar-307/contactBox/



Hier werden Pläne geschmiedet:
Am WG-Küchentisch haben sich
Kalle, Caro, Johannes, Dennis und
Laura (von links) versammelt

Wohnheim der Optimisten

SOZIALPROJEKT

Die Stadt und das Studierendenwerk Freiburg testen in Freiburg-Zähringen seit Oktober 2016 das Zusammenleben von Flüchtlingen und Studierenden. Besuch in einer besonderen Studi-WG.

TEXT: Armin Himmelrath

FOTOS: Kay Herschelmann

Ein riesiger Tisch steht in der Mitte der Küche, darauf ein Schachspiel, Papier, Kaffeetassen, Stifte. Gleich vier Herde gibt es, dazwischen viele Arbeitsflächen. Eine davon ist für „Gemeinschaftslebensmittel“, so steht es an der Wand. Auf einer schwarzen Tafel hat jemand mit Kreide Caros Geburtstagsfeier, einen Racletteabend und das Weihnachtswichteln angekündigt, auf einer anderen wünschen Darius und Otto allen „einen wunderschönen und erfolgreichen Tag“ – Wohnheimatmosphäre. Rund um den Tisch sitzen Kalle und Dennis, Caro und Johannes und ein paar andere. Sie erzählen mit leuchtenden Augen von ihrer WG: Erst vor ein paar Wochen sind sie hier in Freiburg-Zähringen eingezogen. „Das war das Beste, was mir passieren konnte“, sagt Caro. Die anderen nicken. Ja, das empfinden sie auch so.

Die 20-Jährige kommt ursprünglich aus Mannheim, studiert Biologie und Philosophie auf Lehramt. Im Herbst kam sie für ihr erstes Semester nach Freiburg. Der Wohnungsmarkt in der Unistadt, bestätigen alle, ist alles andere als entspannt. Auch Kalle und Dennis, beide 21, suchten im Herbst nach Wohnungen – und sie fanden sich mit neun anderen hier zusammen. Vermittelt vom Studierendenwerk Freiburg, ein bisschen außerhalb der Stadt, in einer nagelneuen Wohnanlage aus vorgefertigten Modulen. Viel Holz ist hier außen und innen zu sehen, auf dem Hof pflanzen Arbeiter ein paar Sträucher. Und es gibt Nachbarn. Vor allem deshalb sind sie hier eingezogen.

Die Idee kam von der Stadt

Wir wussten, dass wir hier mit Geflüchteten zusammenwohnen werden“, erzählt Caro. „Aber dass es so bereichernd werden würde, wussten wir nicht.“ Die Unterkunft ist in mehrere Gebäude unterteilt. Insgesamt rund 150 Flüchtlinge leben hier: ein paar alleinstehende Männer, viele Familien, etliche Kinder und Jugendliche. Und seit Ende Oktober in zwei Gebäuden eben auch 72 Studentinnen und Studenten. „Der ganz große Bedarf an Wohnraum war nicht mehr da, die Zahl der Geflüchteten geht zurück und wir hatten Kapazitäten frei“, sagt Ulrich von Kirchbach, der Freiburger Bürgermeister für Soziales, Wohnen und Integration. Vorübergehend war Platz da – „und dann kam die Stadt mit der Idee auf uns zu, ob wir nicht ein gemeinsames soziales Projekt mit Geflüchteten und Studierenden machen sollen“, ergänzt Gernot Kist. Er koordiniert beim Studierendenwerk Freiburg die Zusammenarbeit, knüpft Kontakte zwischen Caritas und Stadt, ehrenamtlichem Helferkreis und den Studierenden. Ein Testlauf, klar. Aber einer mit Potenzial.



Caroline Knapp

»Wir wussten, dass wir hier mit Geflüchteten zusammenwohnen werden. Aber dass es so bereichernd werden würde, wussten wir nicht«

Caroline Knapp, 20, aus Mannheim, studiert Biologie und Philosophie auf Lehramt.



Zähringer Engagement: Kalle und Caro werden für die geflüchteten Kinder zur menschlichen Schaukel

400 Studierende bewarben sich auf 20 Plätze

Wer ein Zimmer haben wollte, musste sich bewerben. Und in Kauf nehmen, dass es - bisher - noch kein Internet im Gebäude gibt. Für 20 Studierende machte das Studierendenwerk ein besonderes Angebot: Zwei Stunden ehrenamtliches Engagement pro Woche sollten sie zusichern, dafür gab es die Zusage, dass sie auch nach dem zunächst auf ein Semester begrenzten Projekt weiterhin einen Wohnheimplatz haben. In Freiburg ist das ziemlich viel wert. Abschreckungseffekt? Gleich null, im Gegenteil. „Auf die 20 Plätze gab es 400 Bewerbungen. Da wollten sogar welche mitmachen, die schon ein Zimmer in einem anderen Wohnheim haben“, staunt Gernot Kist noch immer: „Das muss man sich mal vorstellen - das hätten die dafür aufgegeben!“

„Alle Erfahrungen bisher sind nur positiv“, sagt auch Bürgermeister Ulrich von Kirchbach. Ihm liegt viel an einer erfolgreichen Integration der Flüchtlinge, das merkt man, wenn er vom gemeinsamen Wohnen der Flüchtlinge und der Studierenden erzählt. Und dieses Projekt, schwärmt von Kirchbach, bietet dafür ideale Voraussetzungen.

Draußen hupt jemand, das „Spielmobil“ fährt auf den Hof der Unterkunft. Betrieben wird es von einem Verein, gefördert von der Stadt Freiburg. Es dauert keine zwei Minuten, da sind schon überall Kinder unterwegs. Und weitere zwei Minuten später sind auch Caro, Dennis und Kalle unten im Hof und helfen den Spielmobil-Mitarbeitern. Denvin und Sham, zwei Mädchen, entdecken die Studierenden als erste. Sie stürmen auf Caro zu, die 20-Jährige muss die beiden auf den Arm nehmen, albert mit ihnen in der Herbstsonne herum. „Spielst du mit mir?“, will Sham wissen. Klar, genau deshalb sind die Studierenden herruntergekommen - zum Toben und Ki-



cken, Radfahren, Balancieren und Spielen. Dennis packt die große Tasche mit den Jongliersachen aus. Ringe und Keulen, Jonglierbälle und Balancierteller werden sofort mit Beschlag belegt.

Deutsch, Englisch: Kinder übersetzen

Während Kinder und Studierende schon auf dem Gelände unterwegs sind, stehen ein paar ältere Geflüchtete am Rand und schauen zu. „Die Kinder sind die Türöffner“, hatte Gernot Kist den Studierenden vor dem Einzug erzählt. Sie wurden vorbereitet auf die Begegnung mit Menschen, die zum Teil schlimme Erfahrungen gemacht haben. „Wir tasten uns langsam aneinander heran“, sagt Kalle. Er steht bei Rayan, Yussuf und Mahmud, zwischendurch liefern sie sich ein paar kleine Duelle an einem der Tischspiele. Geredet wird mal auf Englisch und mal auf Deutsch, und wenn es gar nicht klappt, dann sind da immer noch die Kinder, die übersetzen können. Die Gruppen vermischen sich immer mehr, irgendwann jonglieren auch die Erwachsenen mit.

Um 15:00 Uhr war das Spielmobil da, knapp fünf Stunden später sitzen die Studierenden wieder in ihrer WG-Küche, die durchgefrorenen Hände an heiße Tee-Tassen gepresst. Zwei Stunden pro Woche? Sie müssen grinsen. Möhren werden geknabbert, über eine Pizza-Bestellung diskutiert. Und über das, was in diesem Sozialprojekt noch möglich ist. „Wir fangen ja gerade erst



Vater gegen Student: Beim Wettkampf am Spieltisch sind Schnelligkeit und Reaktionsvermögen gefragt

an“, sagt Dennis. Spielnachmittage sind nur eine Option; sie planen eine Hausaufgabenbetreuung, einen Gemeinschaftsraum mit Bücherregal und Platz zum Teetrinken. Die Mitarbeit in Deutschkursen ist denkbar oder in der Strickgruppe, dazu Sprach-Tandems zum Deutschlernen. Kalle war außerdem schon beim Supermarkt auf der anderen Straßenseite, um abgelaufene, aber noch nutzbare Lebensmittel zu organisieren. Die sollen im Rahmen eines Food-Sharing-Projekts allen Bewohnern der Unterkunft zur Verfügung stehen - Geflüchteten und Studierenden.

Als sie von diesen Plänen erzählen, strahlen die Studierenden wieder. Ein Semester, das ist viel zu kurz, da sind sie sich einig. Und sie wissen, dass auch Ulrich von Kirchbach von der Stadt und Gernot Kist vom Studierendenwerk so denken. Sie alle hoffen, dass es weitergeht, dass das kein Versuchsballon bleibt, sondern ein Dauerzustand wird. „Wir haben einfach viel zu viele Ideen für die paar Monate“, sagt Caro. Es wird still in der Küche, sie schweigen. Malen sich aus, was es heißen könnte, hier Ende Januar 2017 wieder ausziehen - was sie nicht wollen. Beeinflussen können sie es sowieso nicht. Und dann sagt Kalle: „Wir machen alles, wirklich alles, dass es hier cool wird.“ Er klingt dabei nach ganz viel Optimismus. So, wie nur jemand klingen kann, der weiß, dass man Unmögliches wahr machen kann.

Hat er auch. Der 21-Jährige hat nämlich schon einmal auf einem Schiff in der Arktis überwintert. Aber das ist eine andere Geschichte



Fotos: Kay Hirschelmann



DER AUTOR

Armin Himmelrath ist freier Bildungsjournalist in Köln. Vom Freiburger Sozialprojekt war er so begeistert, dass er bei der Redaktion um zusätzlichen Platz für die Reportage bettelte – und ihn auch bekam

»Göttlich, richtig lecker!«

AZUBI-AUSTAUSCH

Mensa auf Französisch: Wie die beiden Koch-Azubis Cora Hübner und Michelle Kretzschmar vom Studentenwerk Dresden Paris erlebten. Eine Reportage

TEXT: Heike Hucht

FOTOS: Kay Herschelmann

Kannst du mal meine Tasche halten?“, fragt Cora Hübner Michelle Kretzschmar, die bereits kichernd die Druckknöpfe der Schutzkleidung schließt. Jetzt muss auch Übersetzerin Jessica Germain angesichts des ungewohnten Outfits lachen. Kittel, Haube, Mundschutz, Einwegüberzieher für die Schuhe: Bei der Operation Mensabesichtigung wird nichts dem Zufall überlassen, schon gar nicht die Hygiene. Heute sind die beiden Koch-Auszubildenden des Studentenwerks Dresden zu Besuch in Nanterre. Küchenchef Christophe Taret führt durch die verschiedenen Räume vor und hinter den Kulissen. Am meisten beeindruckt die jungen Frauen die thematisch eingerichteten Speisesäle, vor allem das Tex-Mex-Zimmer mit ausrangiertem Motorrad in einer Wüstenkulisse. Schnell noch einige Handschnappschüsse mit Sombrero auf der schweren Maschine, dann geht es weiter zum Mittagsimbiss.

Frankreich-Premiere, Flug-Premiere

Seit neun Tagen sind Cora und Michelle zu Gast beim Studentenwerk Versailles. Sich über mehrere Departements erstreckend, zählt das „Centre Régional des Œuvres Universitaires et Scolaires“ (CROUS) - Versailles mehr als 50 Mensen im Großraum Paris: größere wie in Nanterre und kleinere wie Neuville in Cergy-Pontoise, wo die beiden jungen Frauen für zwei Wochen mitarbeiten. Der Austausch von Koch-Azubis zwischen dem Studentenwerk Dresden und dem CROUS Versailles ist ein Pilotprojekt des „ERASMUS+“-Förderprogramms der Europäischen



Die Koch-Auszubildenden:
links Michelle Kretzschmar
und Cora Hübner, beide 18 Jahre



Spiegeln, Spiegeln an der Wand im Schloss Versailles



Gekröntes Andenken aus dem Souvenir-Shop



Operation Mensabesichtigung in Nanterre



Nach dem Kochen ist vor der Essensausgabe

Union, organisiert hat den Austausch das Deutsche Studentenwerk. Inzwischen geht das Programm in die dritte Runde. Kurz vor Weihnachten 2015 haben die angehenden Köchinnen im zweiten Ausbildungsjahr erfahren, dass ihr Austausch für 2016 geplant ist. „Wir waren erst einmal sprachlos vor Freude“, erinnert sich Michelle an den Moment nach der Bekanntgabe. Beide sind nie zuvor in Frankreich gewesen, für Cora war sogar der Flug eine Premiere.

Neue Erfahrungen machen sie hier nahezu jeden Tag, erzählen die 18-Jährigen. Das leckere Essen, die fröhlichen Kollegen, das grandiose Paris, die Höflichkeit der Franzosen - „am liebsten würden wir hierbleiben, Frankreich ist einfach toll“, schwärmt Cora. Daran ändert auch das Wetter nichts, das gerade einen kleinen Durchhänger hat. Nach dem sonnigen Vormittag türmen sich mittags immer mehr graue Wolken am Him-

mel, ein eiskalter Wind pustet. Vor einem strahlend blauen Hintergrund hätte das Schloss Versailles, dessen Besichtigung nachmittags auf dem Programm steht, womöglich noch märchenhafter gewirkt. Aber selbst ohne die Spiegelung des Sonnenlichts auf dem Meer aus vergoldeten Fassadenelementen beeindruckt die barocke Palastanlage durch ihre schiere Imposanz. Nicht nur außen, sondern vor allem innen. „Wahnsinn!“ - der Kommentar der Frauen zieht sich wie ein roter Faden durch den gesamten Nachmittag, von den königlichen Prunkgemächern bis zur pompösen Spiegelgalerie.

Froschschenkel, Schnecken? „Göttlich!“

Das Schloss anschauen zu dürfen, war ein Wunsch der Auszubildenden, den die Verantwortlichen des CROUS Versailles gern erfüllt haben. Auf der privaten



Küchenchef Christophe Taret und sein Team der Mensa Neuville; ganz links Übersetzerin Jessica Germain

Wunschliste fürs Wochenende ganz oben: einmal auf den Eiffelturm und dann in den Louvre und ins Naturkundemuseum. Ihr spannendstes kulinarisches Abenteuer liegt schon hinter ihnen. Froschschenkel und Schnecken in Kräuterbutter probieren zu dürfen, hatten sie sich von Kollegin Christelle gewünscht, die sie vergangenen Samstag zu sich eingeladen hatte. Wie es geschmeckt hat? „Göttlich, richtig lecker!“, sagen beide gleichzeitig. Trotz der Sprachbarriere – die französische Mensakraft spricht nur wenig Englisch und kein Deutsch, die jungen Frauen kaum Französisch – haben sie sich blendend verstanden, berichten sie. Der zehnstündige Sprach-Crash-Kurs in Dresden konnte sie zwar mit wichtigen Vokabeln versorgen. Aber für eine fließende Unterhaltung, zumal im Arbeitsalltag der Mensa, reiche das natürlich nicht. Deshalb steht den beiden wochentags die Übersetzerin Jessica Germain zur Seite. Wie

die Dresdnerinnen ist die für den Austausch engagierte Französin im Wohnheim der Universität von Cergy-Pontoise untergebracht. Die Mensa, Arbeitsplatz der Frauen von 7:00 bis 15:00 Uhr, liegt nur drei Fußminuten entfernt, die S-Bahn-Station ist gleich nebenan.

Französische Gelassenheit

Neben Bett und Nasszelle sind die möblierten Apartments auch mit einer Küchenzeile ausgestattet. Am meisten genutzt werden allerdings Tisch und Stühle – mangels TV und stabilem WLAN verbringen Cora und Michelle ihren Feierabend vor allem mit Kartenspielen. Die fehlende Verbindung mit der Heimat übers Netz sei der einzige Wermutstropfen, sagen die beiden. Ach, nein, Heimweh würden sie das nicht nennen. „Aber natürlich vermisse ich meinen Freund und meine Katzen“, räumt Michelle ein. Allein hätte sie sich den Austausch nicht vorstellen können, ergänzt Cora. „Es ist schön, dass wir das alles zu zweit erleben dürfen.“ Was ihnen am besten gefallen hat, welche Erfahrungen am längsten nachwirken? Die Antworten fallen erstaunlich ähnlich aus. Für Michelle bringt es der Begriff Lebensfreude am besten auf den Punkt: „Ich habe mir fest vorgenommen, ein großes Stück französische Gelassenheit mit nach Deutschland zu nehmen – das beste Mitbringsel überhaupt.“

Diese Reportage entstand im März 2016

ERASMUS+

Das Deutsche Studentenwerk hat für die Studentenwerke Mittel aus dem Förderprogramm „ERASMUS+ Mobilität in der Berufsbildung“ der Europäischen Union für zwei Jahre akquiriert. Zwölf Auszubildende aus der Hochschulgastronomie der Studentenwerke absolvieren in Frankreich ein zweiwöchiges Berufspraktikum bei den französischen CROUS (Centres régionaux des œuvres universitaires et scolaires). Die Berufspraktika in den französischen Mensen sollen die Auszubildenden fachlich, fremdsprachlich und interkulturell weiterbringen. Dafür erhalten sie ein ERASMUS+ – Stipendium, einschließlich eines Fahrtkostenzuschusses. Die aktuelle Förderung, mit der Cora Hübner und Michelle Kretzschmar in Paris waren, läuft noch bis Mai 2017. Insgesamt hat das Deutsche Studentenwerk schon dreimal erfolgreich EU-Mittel für die Beschäftigten der Studentenwerke eingeworben; insgesamt elf Studentenwerke sowie 14 italienische und französische Studentenwerke waren dabei.



DIE AUTORIN

Heike Hucht arbeitet als freie Journalistin in Münster. Sie schreibt vor allem über Genuss, Gastronomie und Architektur. An der französischen Küche schätzt die Westfälin vor allem die große Kunst, kleine, feine Törtchen zu kreieren

BABETTE SIMON

Die Vorstandschefin der Mainzer Universitätsmedizin ist Spitzenmedizinerin, erfolgreiche Top-Wissenschaftsmanagerin, ehemalige Uni-Präsidentin – aber in die Politik will sie nicht. Porträt einer Frau, die oft die erste ist.

TEXT: Benjamin Haerdle

FOTOS: Kay Herschelmann

Die erste Frau im Amt

Mit Professor Doktor Babette Simon über den Campus des Universitätsklinikums Mainz zu spazieren, ist trotz des schmutzigen Novemberwetters unterhaltsam. Hier ein kurzer Austausch mit einem Professor der Immunologie, dort ein Pläuschchen mit dem stellvertretenden Pflegevorstand, da ein freundliches Hallo zu einer Pflegeschwester. Mehr als 7.700 Beschäftigte hat das Klinikum. Natürlich kennt Simon, Medizinischer Vorstand und Vorstandsvorsitzende der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, nicht alle, aber für jeden scheint die 56-Jährige ein paar freundliche Worte übrig zu haben.

Seit dem 1. April 2014 führt sie als Vorstandschefin die Mainzer Universitätsmedizin. „Ein Universitätsklinikum hat komplexe Aufgaben in Krankenversorgung, Forschung und Lehre“, sagt Simon. Im Mittelpunkt stehe dabei immer der Mensch, entscheidend sei die richtige Kommunikation. Mehr als 300.000 Patienten versorgt das Klinikum Jahr für Jahr, nicht nur in Routinefällen, sondern gerade auch bei komplexen oder seltenen Erkrankungen, bei denen andere Kliniken nicht weiterwissen. Die Forschung, sagt sie, solle helfen, neue Möglichkeiten der Medizin schneller bei Patienten zur Anwendung zu bringen. Und in der Lehre bilde das Klinikum die medizinischen Fachkräfte der Zukunft aus. Für diesen Dreiklang trägt sie als Vorsitzende des vierköpfigen Vorstands die Verantwortung.

Visionen haben, Strategien entwickeln und diese gemeinsam umsetzen – das sind Dinge, die die geborene Düsseldorferin gerne übernimmt. Die Begeisterung für ihren Job wird beim Rundgang über den Campus offensichtlich. Ein neues Forschungsgebäude, das Paul Klein-Zentrum für Immunintervention, werde 2017 eröffnet, ein neues Gebäude für einen Hochleistungslinearbeschleuniger stehe genauso wie eine neue Lehr- und Lernklinik, erzählt Simon energischen Schrittes, während ihre Finger mal



Babette Simon über ...

... die Privatisierung von Universitätsklinik:

»Private Träger sind primär auf Rendite ausgerichtet. Daraus resultiert, dass verstärkt dort investiert wird, wo es profitabel erscheint. Gerade für die Hochschulmedizin wichtige Säulen wie Lehre und Grundlagenforschung können Gefahr laufen, bei einer Privatisierung eher stiefmütterlich behandelt zu werden.«

... das neue Tenure-Track-Programm von Bund und Ländern:

»Das Tenure-Track Programm schafft viele neue Stellen an den deutschen Hochschulen. Ich halte es für ein probates Mittel, um dem wissenschaftlichen Nachwuchs attraktive Wege im Sinne einer langfristigen Perspektive für die eigene Wissenschaftskarriere zu ebnet.«

... das Medizinstudium:

»60 Prozent der Studienplätze im Fach Medizin werden nicht über Abiturbestenquote oder Wartezeit vergeben. Ein hervorragendes Abschneiden beim Test für medizinische Studiengänge kann beispielsweise die Eintrittskarte ins Medizinstudium bedeuten. Das finde ich sinnvoll, da die Abiturnote alleine nichts darüber aussagt, ob jemand besonders befähigt ist, ein guter Arzt oder eine gute Ärztin zu werden.«

... die Hochschulfinanzierung:

»Die Finanzierung der Hochschulen ist grundsätzlich Ländersache. Deren finanzieller Spielraum ist aber begrenzt. Wünschenswert wäre, dass der Bund die Länder verstärkt entlastet. Derzeit kommen nur etwa zehn Prozent der Mittel vom Bund und rund 80 Prozent von den Ländern, während zehn Prozent aus privaten Mitteln fließen.«

... Studentenwerke:

»Sie sind das Rückgrat der sozialen Infrastruktur aller Hochschulstandorte in unserem Land und sind essenziell dafür, dass Studierende ihr Studium erfolgreich absolvieren können.«

nach rechts, mal nach links zeigen. Im Bau seien zudem eine neue Transfusionszentrale, ein Neubau für die Klinisch-Theoretischen Institute und ein „Neuroimaging Center“ sowie eine Zahnklinik. „Um nachhaltig zu wirtschaften, braucht es weitere umfangreiche bauliche Maßnahmen“, sagt Simon. Künftig will sie daher auch Bereiche zusammenschließen, die auf dem Campus einst räumlich auseinanderlagen. Deutlich wird, dass sie die zweieinhalb Jahre in Mainz bestens

genutzt hat, um mit dem Vorstand und gemeinsam mit den Verantwortlichen in den Fachkliniken einiges zu erreichen. Nur ein Beispiel: Im Juli dieses Jahres wurde das Universitäre Centrum für Tumorerkrankungen (UCT) von der Deutschen Krebshilfe als Onkologisches Spitzenzentrum ausgezeichnet.

„Menschen, die zu uns kommen, wollen wir die Sicherheit geben, dass sie an der Universitätsmedizin Mainz mit Krebserkrankungen jedweder Art auf höchste Behandlungsmaßstäbe vertrauen können“, erklärt Simon. Basis dafür sei eine reibungslose Zusammenarbeit aller medizinischen Disziplinen, die für die Behandlung von Tumorpatienten notwendig seien.

Als die damalige rheinland-pfälzische Wissenschaftsministerin Doris Ahnen die Humanmedizinerin Anfang 2014 der Öffentlichkeit vorstellte, schüttete sie reichlich Lob aus. „Babette Simon verfügt in der Leitung großer wissenschaftlicher Organisationen über eine hohe wirtschaftliche Kompetenz und ist mit den komplexen Aufgaben und aktuellen Herausforderungen der Hochschulmedizin bestens vertraut“, erklärte Ahnen. Simon sei eine leidenschaftliche Medizinerin, Wissenschaftlerin und Wissenschaftsmanagerin. Das klang nach einer Idealbesetzung für Mainz. Belegen lässt sich das anhand des Lebenslaufs: Nach dem Medizinstudium führte Simons Weg erst in die USA an die Harvard Medi-



Die Zeit als junge Mutter in Marburg war nicht einfach, aber Medizin war meine Leidenschaft

cal School, danach ins hessische Marburg, wo sie bis 2003 ein Forschungslabor des dortigen Universitätsklinikums leitete. Leitungserfahrungen sammelte sie anschließend in Marburg, wo sie an der Universität als Vize-Präsidentin mehrere Jahre für wissenschaftlichen Nachwuchs und Gleichstellung zuständig war und danach vor allem an der Universität Oldenburg. Dort amtierte sie vier Jahre als Präsidentin. „Ich ging nach Mainz, um dort meine Kenntnisse in der Universitätsmedizin zur Anwendung zu bringen“, begründet sie ihre Entscheidung pro Mainz.



Mitgenommen hat sie aus den Universitäten vor allem die Erkenntnis, wie sich diese Einrichtungen leiten lassen. „Sie müssen Ziele setzen, wie man einen Standort bestmöglich entwickeln kann“, sagt sie. Ihr Anspruch dabei ist hoch: „Als Universitätsklinik müssen wir in der medizinischen Versorgung Maßstäbe setzen und über State-of-the-Art-Medizin hinausgehen“, betont sie. Empathie und Leidenschaft seien Teil einer guten Führung, denn: Man müsse Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wertschätzen und sie mitnehmen, damit auch sie Ideen einbringen können. Bei Simon fängt dies bei Kleinigkeiten an: In ihrem Büro hängen zwei großformatige Frühlingbilder einer Mitarbeiterin aus der Bauabteilung mit Naturmotiven des Campus, die ihr gefielen. Und es setzt sich im Großen fort, wenn sie mit dem Vorstand und „umgeben von vielen klugen Leuten aus der Universitätsmedizin“ versucht, bestmögliche Entscheidungen zu treffen. Und was, wenn nicht alle mitziehen? „Gelassen sein, diskutieren, und manchmal ändern sich dann auch die Dinge“, sagt sie.

Um einer so großen Einrichtung wie eine Universitätsklinik vorstehen zu können, muss man nicht nur mit Menschen umgehen können. Auch Zahlen sollte man lesen und interpretieren können, gerade an einer Uniklinik. Denn diese ächzen bundesweit unter defizitären Haushalten, überfordert von hohen Personalkosten, zu niedrigen Aufwendungen der Bundesländer und geringen Leistungsentgelten. Mainz ist da keine Ausnahme: Ein Minus von 6,2 Millionen Euro wies das Klinikum für 2015 auf. Der Trend ist jedoch positiv, 2012 lag das Defizit noch bei 20,6 Millionen Euro. „Es ist nicht die Aufgabe eines Universitätsklinikums, sich jene Bereiche rauszusuchen, die gewinnbringend sind“, betont Simon. Spitzenmedizin bedeute insbesondere auch, sich um Menschen mit besonders komplexen, schweren und seltenen Erkrankungen zu kümmern. Das sei aufwändig und werde aktuell nicht auskömmlich refinanziert. Deshalb plädiert sie für den Systemzuschlag, mit dem Sonderaufwendungen wie etwa die Weiterbildung von jungen Ärztinnen und Ärzten übernommen werden könnten. Noch ist das aber politisch nicht gewollt. „Solange“, sagt Simon, „müssen wir eben bestmöglich wirtschaftlich arbeiten.“

Die Vorstandschefin weiß, wovon sie spricht: Im Jahr 2005 machte sie, zwei Jahre nachdem sie zur außerplanmäßigen Professorin der Universität Marburg berufen wurde, den Master im Fach „Humanmedizin mit betriebswirtschaftlicher Qualifikation“ an der Universität Heidelberg. Eine ungewöhnliche Entscheidung: Die einzige Professorin sei sie damals gewesen, und anstrengend sei es gewesen, das weiß sie heute noch.

Richtig sei der Entschluss dennoch gewesen: „Ich hatte das Gefühl, die Sprache der Ökonomen noch besser verstehen zu müssen“, sagt sie. Raus aus Labor und Hörsaal, rein ins Management – damals war das nicht der Plan für ihre weitere Karriere. Heute profitiert sie von dieser Entscheidung.

Frauen wie Babette Simon, die es in der Wissenschaft nach ganz oben schaffen, sind in Deutschland immer



noch eine Seltenheit. Gleich zweimal war sie die erste Frau im Amt – als Präsidentin an der Universität Oldenburg und bundesweit die erste und bisher einzige leitende ärztliche Direktorin an einer Universitätsklinik. Den Spagat, der viele Wissenschaftlerinnen scheitern lässt, hat sie geschafft: Hier die erfolgreiche Karriere, dort die Familie mit drei Kindern, von denen eine Tochter auch Medizin studiert. Jetzt sind die Kinder aus dem Haus. „Die Zeit als junge Mutter in Marburg war nicht einfach, aber Medizin war meine Leidenschaft“, sagt sie. Die Erfahrungen damals waren auch der Grund, in die Politik zu gehen. Für die CDU saß sie im Marburger Stadtparlament und kämpfte für mehr Kinderkrippen und eine verlässlichere Kindergartenbetreuung. Weil diese fehlten, hätten junge Assistenzärztinnen nach der Geburt ihrer Kinder die Karriere nicht fortgesetzt und die Ausbildung abgebrochen. „Das war mein Motiv, politisch aktiv zu werden.“ Lust auf mehr machte der Abstecher nicht. Simon: „Es gibt Menschen, die eignen sich für die Politik, ich zähle mich nicht dazu“, meint sie knapp. Dabei würde sie einem möglichen Anforderungsprofil ideal genügen, zumal sie im Wissenschaftsrat und im Gesundheitsforschungsrat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung tätig war und damit recht nah ranrückte an die Politik.

Sehr kostbar ist für sie die Zeit mit ihrer Familie, „das Großartigste, das es gibt“, wie Simon findet. Einen Ausgleich findet sie bei gemeinsamen Segelflügen nach Kroatien, beim Lesen oder beim Geigespielen. Früher trat sie oft auf als Geigerin, während des Studiums etwa im Orchester. Präzision und Geschwindigkeit seien zuletzt etwas verloren gegangen, klagt sie. Es fehlte einfach die Zeit. Das soll sich ändern: Simon will sich eine E-Geige kaufen. „Das ist etwas Neues, damit kann ich experimentieren“, freut sie sich schon darauf. Neue Wege gehen – egal, ob beruflich oder im Privaten, es scheint das Lebensmotto von Babette Simon zu sein.

ZUR PERSON

Prof. Dr. Babette Simon

wurde 1960 in Düsseldorf geboren, ist verheiratet und hat drei Kinder. Sie studierte Humanmedizin an den Universitäten Freiburg und Basel. In Freiburg wurde sie promoviert. Zwischen 1987 und 1990 arbeitete sie an der Harvard Medical School in Boston. Ab 1990 setzte sie dann ihre Karriere in Deutschland am Universitätsklinikum der Universität Marburg fort: Assistenzärztin, Fachärztin für Innere Medizin, schließlich im Jahr 2000 Oberärztin mit den Schwerpunkten Gastroenterologie, Endoskopie und Endokrinologie. 2003 wurde Sie außerplanmäßige Professorin. Im Jahr 2006 wurde sie in Marburg Vize-Präsidentin, im Jahr 2010 ging sie als Präsidentin an die Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg. Seit April 2014 ist sie Vorstandsvorsitzende und Medizinischer Vorstand der Universitätsmedizin Mainz.



DER AUTOR

Benjamin Haerdle ist freier Journalist, schreibt von Leipzig aus regelmäßig für die Deutsche Universitätszeitung (duz) über hochschul- und wissenschaftspolitische Themen



Nicht ohne den Bund!

WISSENSCHAFTSFINANZIERUNG

Die Wissenschaftspolitik von Bund und Ländern ist ein Erfolg – aber mit Verfallsdatum. Wir brauchen mehr dauerhafte Bundesförderung. Drei Grundlinien für die Wissenschaftsfinanzierung nach 2020

„**M**it politischen Erfolgen gehen immer auch mindestens zwei Versuchungen einher. Die eine besteht in der weitverbreiteten Neigung, sich auf Erfolgen auszuruhen, einfach die „Rendite“ zu feiern und ansonsten die Anstrengungen zu reduzieren. Eine andere besteht darin zu erwarten, Erfolge fortsetzen zu können, indem man immer und immer wieder das Gleiche tut. In der Wissenschaftsfinanzierung stehen wir in der kommenden Legislaturperiode genau vor dieser Frage: Wie wollen wir eine bisher erfolgreiche Politik fortsetzen und auf die kommenden Herausforderungen antworten? Gerade der Bund wird dabei beiden Versuchungen wider-

Deutschland beigetragen. Unter anderem der Pakt für Forschung und Innovation, die Exzellenzinitiative und allen voran der Hochschulpakt bedeuteten zusätzliche Ressourcen für die Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Allein der Bund wird 2005 bis 2020 für die zahlreichen Pakte mehr als 40 Milliarden Euro zusätzlich aufgewendet haben.

Die Pakte haben ihren Beitrag geleistet, zentrale wissenschaftspolitische Ziele zu erreichen. Denn nur so konnte der Ausbau der Studienkapazitäten mit der steigenden Nachfrage Schritt halten und jeder die gleiche Chance auf einen Studienplatz erhalten. In der Forschung konnten viele Hochschulen wieder aufschließen zu außeruniversitären Forschungseinrichtungen und sind heute oft Partner auf Augenhöhe. Und international hat Deutschland aufholen können und ist heute ein attraktiver Studien- und Arbeitsort für ausländische Studierende wie für internationale Spitzenforscherinnen und -forscher.

Die Erfolgsgeschichte hat nur einen einzigen, aber dafür entscheidenden Haken: Die Pakte sind befristet, sie haben ein Verfallsdatum. Bisher mussten etwa alle fünf Jahre aufs Neue Mittel erkämpft und ein politischer Konsens erreicht werden. Denn das Grundgesetz verlangt Einstimmigkeit von 16 Ländern und dem Bund. Für die Wissenschaft sind die Paktmittel somit nicht



Die neue Architektur der Wissenschaftsfinanzierung nach 2020 muss mehr dauerhafte Beiträge des Bundes enthalten

stehen müssen, wenn er die Leistungsfähigkeit unseres Wissenschaftssystems nicht gefährden will. Niemand wird bestreiten, dass die gemeinsame Wissenschaftspolitik von Bund und Ländern seit über einem Jahrzehnt ein Erfolg ist. Die Bund-Länder-Pakte für Wissenschaft und Forschung haben entscheidend zur Stärkung des Wissenschafts- und Forschungsstandorts

verlässlich planbar, sondern mit Unsicherheiten verbunden. Entsprechend vorsichtig agieren sie, vermeiden es, fixe Strukturen aufzubauen, und gießen zusätzliche Beschäftigung größtenteils in befristete Arbeitsverträge.

Die nachteiligen Folgen für die soziale Lage und die Karriereaussichten des wissenschaftlichen Nachwuchses sind offenkundig. Sie gefährden allerdings langfristig die Personalbasis der Wissenschaft, weil immer öfter und frühzeitiger die besten Köpfe – darunter vor allem auch Frauen – ihr den Rücken kehren. Statt der „Ochsentour“ in der Wissenschaft wählen sie planbarere Karrieren in Verwaltung, Wirtschaft oder im Ausland. Hier brauchen wir neue Antworten.

Im Jahr 2020 laufen allein mit dem Hochschulpakt, dem Pakt für Forschung und Innovation und dem Qualitätspakt Lehre drei wichtige Wissenschaftspakte aus. Beim Bund stehen damit jährlich rund 3,7 Milliarden Euro zur Disposition. Es ist höchste Zeit, eine Diskussion für eine neue Finanzierungsarchitektur für die Wissenschaft zu beginnen, die sich an diesen drei Grundlinien orientieren sollte:

1. Nicht nachlassen

Bund und Länder dürfen jetzt in ihren Anstrengungen nicht nachlassen. Die deutsche Wissenschaft ist mehr denn je auf die Bundesmittel angewiesen, ein auch teilweiser Rückzug wäre fatal. Zwar liegt das größte Wachstum der Studienanfängerzahlen hinter uns. Vor uns liegt aber die Sicherung der Qualität der Lehre für alle Studierenden sowie neue Herausforderungen wie die Digitalisierung von Lehre, Forschung und Verwaltung an Hochschulen.

Gerade erkenntnisgetriebene Forschung braucht neben Freiheit auch Planungssicherheit. Nur dann bleibt sie leistungsfähig und kann auch morgen noch Innovationen leisten und Wertschöpfung und Beschäftigung generieren. Wer jetzt also verlangt, nach 18 Jahren des Aufwuchses für Wissenschaft und Forschung einen harten Cut zu machen und anderen Politikfeldern Priorität einzuräumen, sägt am Ast, auf dem wir sitzen.

2. Mehr Verlässlichkeit

Bund und Länder können nicht einfach so weitermachen wie bisher. Wir müssen die Form der Bundesförderung ändern und mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit für die Hochschulen, Forschungseinrichtungen und nicht zuletzt die Personalverantwortlichen erreichen. Die neue Finanzierungsarchitektur muss mehr dauerhafte Beiträge des Bundes enthalten. Die rechtlichen Voraussetzungen hat die Große Koalition mit der Öff-



Die deutsche Wissenschaft ist mehr denn je auf die Bundesmittel angewiesen, ein auch teilweiser Rückzug wäre fatal

nung im Art. 91b GG geschaffen. Insbesondere dort, wo erkennbar Daueraufgaben finanziert werden und kaum ein Unterschied zur Grundfinanzierung besteht, braucht die Wissenschaft längerfristige Sicherheit. Dieser Ansatz zeigte bei den jüngsten Beschlüssen von Bund und Ländern bereits Wirkung. Die Exzellenzstrategie wird künftig dauerhaft laufen und kein Verfallsdatum mehr enthalten. Und sowohl der Pakt für den wissenschaftlichen Nachwuchs wie das Programm „Innovative Hochschule“ sind auf zehn Jahre bis 2030 angelegt.

3. Bund wird (mit)gestalten

Wer darauf hofft, dass der Bund einfach Schecks ausstellt und ansonsten zur Wissenschaftspolitik schweigt, wird sich täuschen. Wenn der Bund sich weiter engagiert – und meiner Einschätzung nach muss er das –, dann muss er auch über die wissenschaftspolitischen Ziele, die Mittelverteilung und nicht zuletzt die Förderkriterien mitentschieden können. Und deshalb macht es Sinn, dass Bund und Länder erst einmal ein gemeinsames Verständnis über die Lage, die Herausforderungen und mögliche Gestaltungsziele für das Wissenschaftssystem erreichen. Erst darauf lässt sich eine sinnvolle Arbeitsteilung mit dauerhaften wie befristeten Förderbausteinen entwickeln, die den Aufgaben und Herausforderungen auch gerecht werden kann. Ohne eine leistungsfähige Wissenschaft und Forschung ist eine positive technologische und wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftlicher Fortschritt kaum denkbar. Schon zu Beginn der kommenden Legislaturperiode müssen entlang dieser drei Grundlinien Entscheidungen getroffen werden, um den Übergang zu einer verlässlichen Finanzierungsarchitektur für die Wissenschaft nach 2020 hinzubekommen. Heute darüber zu diskutieren, ist sicher nicht verfrüht.



DER AUTOR

Hubertus Heil ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion; von 2005 bis 2009 war er SPD-Generalsekretär www.hubertus-heil.de



”

**STUDIENGEBÜHREN
SIND KEINE
ALTERNATIVE**

13 Fragen an ...

GABRIELE HEINEN-KLJAJIĆ

(Bündnis 90/Die Grünen) Ministerin für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen

1 *Frau Heinen-Kljajić, Sie sind die Hoffnung der BAföG-Republik.*

Oh, das ist mir neu. Niedersachsen ist nur Anwender der elektronischen BAföG-Verwaltung. BAföG21 sollte die Verfahren vereinfachen. Aber die Realität ist, dass die Sachbearbeiter immer wieder händisch nacharbeiten müssen.

2 *Sie machen die kränkelnde digitale BAföG-Berechnung zur Chefsache – und reparieren sie.*

Wir suchen nach technischen Lösungen und stehen dazu in engem Austausch mit den niedersächsischen Studentenwerken. Aber wenn's nicht klappt, dann steigen wir aus BAföG21 aus.

3 *Erst missrät die Studienplatzvergabe, jetzt die BAföG-IT. Sind wir IT-Trottel – oder haben wir zu viele Studierende?*

Zur IT fragen Sie die Falsche. Aber dass wir zu viele Studierende haben, das sehe ich ganz anders. Die Prämisse jeder klugen Bildungspolitik sollte maximale Durchlässigkeit der Bildungssysteme sein. Was wir an Zuwächsen bei den Studierendenzahlen erleben, ist der gewollte Effekt dieser Politik.

4 *Laut dem neuesten Schulvergleich der Länder hat Niedersachsen das gerechteste Schulsystem. Das heißt der Ansturm auf die Unis wird größer.*

Das merken wir – und freuen uns jedes Semester aufs Neue auf die jungen Leute.

5 *Tun Sie denn auch genug dafür? Versorgen Sie die Studierenden angemessen mit Studien- wie auch Wohnheimplätzen und Mensen?*

Ich habe als Wissenschaftsministerin mehr Mittel für den Wohnheimbau zur Verfügung gestellt. Aber ich finde, das geht alle Ressorts an.

6 *Sie wollen viele Studierende – aber die Kosten auf andere abschieben?*

Wenn Studierende keine bezahlbaren Wohnungen finden, dann zeigt das nur den Druck, der ganz allgemein auf dem sozialen Wohnungsbau liegt.

7 *Baden-Württemberg führt die Studiengebühren gerade wieder ein, für Studierende aus Nicht-EU-Ländern.*

Das ist für uns keine Alternative. Wir haben durch die Abschaffung der Uni-Gebühren den Trend sinkender Studienanfängerzahlen umgekehrt, unter dem Niedersachsen viele Jahre gelitten hat.

8 *Die Person, die Gebühren wieder einführt, ist eine Grüne – und obendrein die beste deutsche Wissenschaftsministerin. Wollen Sie nicht die Beste sein?*

Das sollen die Professorinnen und Professoren bei ihrer alljährlichen Wahl entscheiden. Ich präsentiere mich bei dieser Wahl jedenfalls nicht mit Studiengebühren, sondern mit der bundesweit besten Kompensation für die Hochschulen. Sie ist dynamisch, das heißt, je mehr Studenten an eine Uni kommen, desto mehr Mittel fließen.

9 *Wann schützen Sie die Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim vor sich selbst?*

Sie haben offenbar von dem Seminar gehört, zu dem wir ein wissenschaftliches Gutachten eingeholt haben ...

10 *... von diesem antisemitischen Seminar hört man bis New York. Und wer sich die Unterlagen der Dozentin anschaut, braucht dafür kein Gutachten.*

Es gab deutliche Hinweise, ja. Das Gutachten des Zentrums für Antisemitismusforschung hat nun gezeigt, dass das Seminar wissenschaftliche Standards nicht erfüllte und mit israelkritischen bis -feindlichen Texten arbeitete.

11 *Warum haben Sie das Seminar nicht sofort abgesetzt?*

Ich habe die Hochschule unverzüglich auf die Kritik des Zentralrats der Juden hingewiesen. Für das Lehrangebot ist aber allein die Hochschule verantwortlich. Das Seminar ist übrigens längst abgesetzt.

12 *Das hat quälend lange gedauert. Selbst der Ethikrat der Hochschule hatte Kritik mit dem Argument der Antisemitismus-Keule gehontert.*

Angesichts der Schwere der Vorwürfe hätte in der Tat Aufklärung und nicht Verteidigung Not getan.

13 *Sie waren gerade in Israel, war das Seminar dort Thema?*

Nein, gar nicht. Im Mittelpunkt standen unsere engen wissenschaftlichen Kooperationen.

Die 13 Fragen stellte unser Autor **Christian Füller**

ZUR PERSON

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić,

geboren 1962, ist seit 2013 Ministerin für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen. Seit 2003 ist die Grünen-Politikerin Mitglied des Niedersächsischen Landtags. Von 2008 bis 2013 war sie stellvertretende Vorsitzende und von 2010 bis 2013 auch Parlamentarische Geschäftsführerin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Sie hat Politikwissenschaft, Soziologie und Germanistik an der Universität Bonn studiert und promovierte 1996 an der Universität Gießen in Politikwissenschaften.

www.heinen-kljajic.de/home.html

BAföG-Baustellen jetzt angehen

Wir stehen vor der Bundestagswahl vom Herbst 2017. Die Parteien schalten um in den Wahlkampfmodus, ihre größten Vorhaben müssen unter Dach und Fach sein, der Rest fällt der berühmten Diskontinuität anheim. Bildungs- und hochschulpolitisch wird sich nicht mehr allzu viel tun; die großen „Pakte“ bzw. Bund-Länder-Programme stehen. Dafür wird es, was Forderungen und Positionen angeht, eher wieder laut werden, im schlimmsten Fall schrill.

Wenn auf der einen Seite Wahlkampf herrscht, kann auf der anderen Seite inhaltlich gut weitergearbeitet werden. Ich finde, die Wahlkampf-Zwischenzeit bis zum Beginn der nächsten Legislaturperiode einer dann neuen Bundesregierung kann, ja muss genutzt werden, um das BAföG weiterzuentwickeln und zu verbessern.

Gewiss, es ist eine politische Entscheidung – und die gehört in den Wahlkampf! –, um wie viel und wann man es das nächste Mal erhöhen will.

„Überflüssige Altersgrenzen oder Leistungsnachweise, fragwürdige Vorstellungen von Regelstudienzeit – warum sind sie noch immer im BAföG drin?“

Wir sagen ja schon länger: Erhöht es regelmäßig, auf der Basis der offiziellen BAföG-Berichte, die eine jede Bundesregierung alle zwei Jahre vorlegt. Es ist gut, dass nun zu diesem Wintersemester 2016/2017 die im Jahr 2014 beschlossene Erhöhung greift. Früher wäre bekanntlich noch besser gewesen.

Aber es harren beim BAföG noch zahlreiche andere Punkte der Verbesserung. Geht man die jetzt an, können sie sehr rasch umgesetzt werden, wenn Ende 2017 die nächste Bundesregierungskoalition steht.

Ich plädiere dafür, die Wahlkampfzeit zu nutzen, um das BAföG überall dort weiter voranzubringen, wo rasch politischer Konsens erzielt werden



kann. Da ist eine ganze Menge an Baustellen zu schließen.

Beispiel Altersgrenzen: Wie kann man politisch einerseits das Lebenslange Lernen hochhalten, wie kann man bei der Umsetzung der Bologna-Reform alternierende Phasen von Studien- und Berufstätigkeit propagieren – und dann beim BAföG daran festhalten, man dürfe für den Bachelor nicht älter als 30 und für einen Master nicht älter als 35 sein? Ja, bei seiner Einführung im Jahr 1971 mochte die jugendpolitische Ausrichtung angemessen gewesen sein. Heute aber nicht mehr. Warum schleppen wir dann Altersgrenzen weiter in dem Gesetz mit?

Zweites Beispiel: der Leistungsnachweis nach dem vierten Semester. Er mag Sinn gemacht haben in den alten Diplom- und Magisterstudiengängen. In unseren Zeiten von Bachelor und Master macht er aber überhaupt keinen Sinn mehr. Warum ist der dann immer noch im BAföG drin?

Die Liste lässt sich leicht fortsetzen: Wenn das BAföG die Lebenswirklichkeit der Studierenden abbilden soll, warum ist dann ein Teilzeitstudium noch immer nicht förderfähig? Warum wird im BAföG an einer zusehends fiktiven Regelstudienzeit festgehalten, wenn nur 40 Prozent aller Hochschulabschlüsse in die-ser Regelstudienzeit erworben werden, 80 Prozent der Studierenden im Durchschnitt ihren Abschluss erst nach zwei Semestern nach der Regelstudienzeit schaffen?

Es gibt noch viel zu tun beim BAföG; jetzt wäre ein gutes Moment, um ein paar Baustellen zu schließen.

J. Timmermann

Prof. Dr. Dieter Timmermann
Präsident des Deutschen Studentenwerks
» dieter.timmermann@studentenwerke.de

„STUDENT/-IN DES JAHRES“

- Auszeichnungskriterium:** Es gibt viele unter den 2,8 Millionen Studierenden, die über ihr Fachstudium hinaus in Staat und Gesellschaft, Politik und Vereinen, vor allem aber ehrenamtlich und altruistisch engagiert sind, häufig auch in studiennahen Bereichen. Der Deutsche Hochschulverband und das Deutsche Studentenwerk wollen diesen Studierenden Aufmerksamkeit verschaffen. Sie verleihen auf der „Gala der Deutschen Wissenschaft 2017“ am 3. April 2017 in München zum zweiten Mal den Preis „Student/-in des Jahres“. Für die Auszeichnung in Betracht kommen Studierende bzw. Studierendenteams, die über die Leistungen im Studium hinausgehendes, herausragendes Engagement vorweisen können. Es besteht keine Beschränkung, in welcher Art und Weise dies gelungen ist. Das Engagement kann, muss aber nicht im direkten Bezug zur Hochschule stehen.
- Preissumme:** Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert und wird vom **Stiferverband für die Deutsche Wissenschaft** gestiftet. Das Preisgeld steht zur freien Verfügung.
- Wer kann vorgeschlagen werden?** Vorgeschlagen werden kann jeder Studierende einer deutschen Hochschule oder jeder deutsche Studierende an einer ausländischen Hochschule, der sein Studium zum Ablauf des Wintersemesters 2016/17 noch nicht abgeschlossen hat. Nominierungsberechtigt ist jeder. Es kann eine Einzelperson oder eine Gruppe von Studierenden vorgeschlagen werden. Die Studienrichtung ist unerheblich.
- Vorschlagsfrist:** Die Frist zum Vorschlag endet am **31. Dezember 2016**.
- Unterlagen:** Vorschläge bedürfen der Schriftform. Zum Vorschlag gehört der Name des/der Vorgeschlagenen, die Hochschule, der er/sie angehört, und eine maximal zweiseitige Begründung des Vorschlags, die das Verdienst des/der Vorgeschlagenen skizziert. Aussagefähige Unterlagen über die Leistung des/der Vorgeschlagenen können dem Vorschlag beigelegt werden. Die Unterlagen sind an die Geschäftsstelle des Deutschen Studentenwerks zu richten:
Deutsches Studentenwerk
„Student/-in des Jahres“
Monbijouplatz 11, 10178 Berlin
- Auswahl der Preisträger:** Die Preisträgerin/den Preisträger wählt eine unabhängige, sechsköpfige Jury aus, die Deutscher Hochschulverband und Deutsches Studentenwerk paritätisch besetzen. Die Jury kann auch einen nicht vorgeschlagenen Studierenden/ ein nicht vorgeschlagenes Studierendenteam prämiieren.
- Ansprechpartner und weitere Information:** **Deutsches Studentenwerk**
Referat Presse- und Verbandskommunikation
Stefan Grob | Monbijouplatz 11 | 10178 Berlin
Tel.: 030/29 77 27 20
E-Mail: grob@studentenwerke.de



31. Plakatwettbewerb
des Deutschen Studentenwerks

LebensWELT Hochschule

Für Studierende der Fächer
Grafikdesign, Kommunikationsdesign, Visuelle
Kommunikation

<http://dswurl.de/31Plakatwettbewerb>